



**Sustaining a Globalized World: Future
Paths to Developing a Sustainable Society
Zukunftspfade für eine nachhaltige
Gesellschaftsentwicklung**

**Aventis Triangle Forum
Watermill Center
19-21 July 2000
Southampton, N.Y.**



Zu den Leidenschaften des Gastgebers des Aventis Triangle Forums, Robert Wilson, gehört das Sammeln von Stühlen aus aller Welt, die er alljährlich im Sommer im Watermill Center platziert und für seine Arbeit nutzt. Das Titelbild dieser Broschüre und das oben abgedruckte Bild zeigen ausgewählte Arrangements dieser Sammlung.



Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
Direktor des Centrums für angewandte
Politikforschung (C•A•P)

Geschwindigkeit und Komplexität sind Markenzeichen moderner Globalität, und der Prozess der Internationalisierung vieler Lebenssachverhalte hält unvermindert an. Zusammen mit zahlreichen und bahnbrechenden technologischen Innovationen, insbesondere in der Bio- und Informationstechnologie, verändern daraus resultierende Umbrüche in großem Maße die uns vertraute Gesellschaftswelt: Veränderte Produktionsformen multinational operierender Unternehmen, expandierende und volatile Kapitalmärkte, der wachsende Stellenwert technologischen Know-Hows, das Internet und eine zunehmende Zahl von politisch aktiven Netzwerken und Akteuren sind prägende Merkmale unserer Zeit. Konventionelle Ordnungsmodelle und Regierungsstile zeigen sich durch die Herausforderungen des sozialen und technologischen Wandels häufig überfordert. Reichweite und Geschwindigkeit des Wandels fordern enorme Anpassungsfähigkeiten moderner Gesellschaften heraus. In herausragender Weise können nicht-staatliche, offene und unabhängige Foren diesen Prozess durch ihre Vermittlungs- und Orientierungsrolle begleiten. Jenseits einzelner Maßnahmen zur Bewältigung des Wandels stellt sich dabei die Frage, wie strategische Führungsimpulse und gesellschaftliche Innovationen formuliert und in eine breitere Debatte überführt werden können. Diese Frage ist das Anliegen des Aventis Triangle Forums, das im Jahr 2000 in Southampton im inspirierenden Watermill Center des amerikanischen Regisseurs Robert Wilson führende Entscheidungsträger aus Nordamerika, Europa und Asien zusammenbrachte. Für das Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) und die Aventis Foundation war es das zweite Forum seiner Art, das den 1998 mit dem Projekt „Wie wir morgen leben wollen“ begonnenen kreativen Dialog über Zukunftsfragen fortführte. Hintergrund dieser Initiative ist das Ziel, nachhaltige Formen des gesellschaftlichen Miteinanders in einem gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu diskutieren, der die Erfahrungshorizonte von Akteuren aus unterschiedlichen geografischen und sozialen Bereichen nutzt und einbezieht. Vor dem Hintergrund wachsender gesellschaftlicher Asymmetrien, beschleunigter ökonomischer Veränderungsprozesse und neuartiger Sensibilitäten in einer zunehmend vernetzten Welt wurde auf dem Forum intensiv über den Zusammenhang von Globalisierung, Innovationen und gesellschaftlicher Stabilität diskutiert. Wie können im Zeitalter der Globalisierung politische Transparenz, Effizienz und demokratische Partizipation ohne verbindliche globale Formen von Demokratie und Staatlichkeit erzielt werden? Inwieweit können Technologien dazu dienen, politische, gesellschaftliche und ökonomische

Probleme wie Bevölkerungswachstum und Ernährung, zunehmende Überalterung, Armut oder Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlagen zu lösen? Und schließlich: Was sind die Voraussetzungen einer politisch legitimierten globalen Kooperation in einer schnell zusammenwachsenden Welt? Fragen, die in Southampton eingehend behandelt wurden, unterstützt durch ein Impulspapier des C•A•P, das die Diskussionen strukturierte. Deutlich wurde, dass der Nationalstaat als Ordnungsrahmen eine weiterhin wichtige Funktion behält, jedoch durch andere, global wirksame und politisch legitimierte Ordnungsmodelle entlastet und verstärkt werden muss. Die Verständigung über funktionierende Mechanismen der Politik wird ihre Zeit brauchen, da klare Antworten auf viele Probleme und manche erst in Ansätzen erkennbare Schieflagen noch fehlen. Bei den Debatten wurde eines klar: Nationalstaatliche und konventionelle zwischenstaatliche Politik reicht zur Problemlösung nicht mehr aus. Neue Akteure wie supranationale Regime, Umwelt- und Verbraucherguppen oder Stiftungen gewinnen an Bedeutung; der Einfluss nicht-staatlicher Organisationen nimmt erkennbar zu. Ein Modell von Netzwerken, das den öffentlichen mit dem privaten Sektor verbindet, könnte zur Legitimität global bezogener Politik erheblich beitragen und so lokale Umstände mit nationalen Eigenheiten und globalen Handlungsnotwendigkeiten verbinden.

Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld



Leitung des Aventis Triangle Forums: (v. l. n. r.)
Jürgen Dormann, Prof. Dr. Dr. h.c. Werner
Weidenfeld und Robert Wilson

Kultur und die Rolle der Unternehmen verändern sich stetig und stehen dabei in einer Wechselwirkung. Die schiere Menge privater und öffentlicher Kommunikation explodiert förmlich aufgrund der erweiterten technischen Möglichkeiten (Digitalisierung, Vernetzung, Miniaturisierung). Dies wirkt auf alle Lebensbereiche und erneuert die Art zu arbeiten, zu forschen, zu lernen und zu lehren, zu musizieren oder zu spielen. Grenzen lösen sich auf oder werden zumindest unscharf. Zeitgrenzen, Ländergrenzen, Grenzen gesellschaftlicher Funktionen, Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit können mit Leichtigkeit überschritten werden. Auch Unternehmensgrenzen schwinden: Traditionell eher starre Kommunikations- und Arbeitsprozesse werden zerlegt und finden sich in internationalen Netzwerken flexibel neu zusammen. Wo bleibt da der Werkszaun, wo ist noch innen und wo außen?

In den westlichen Industrieländern verarbeitet schon heute jeder zweite Erwerbstätige ausschließlich Informationen; in einigen Jahren wird der Anteil der Info-Arbeiter und Wissens-Manager in den Belegschaften noch weit höher sein. Die Branchen mit dem stärksten Wachstum basieren auf Wissen und Kommunikation: „e-commerce“, Informationstechnologie, Telekommunikation, und auch Biotechnologie und Pharma – insgesamt die „new economy“.

Wenn es zutrifft, dass Kommunikation Kultur konstituiert und prägt, dann befinden wir uns mit dieser Entwicklung inmitten eines tiefen kulturellen Wandels. Unsere Wahrnehmung und Gestaltung der „selbsterschaffenen Welt des Menschen“ verändern sich mit großer Geschwindigkeit.

Dies liegt im übrigen nicht nur an erweiterter Kommunikation. Das zweite, sich ebenso dynamisch entwickelnde Wissensgebiet spielt eine eigenständige Rolle: die eingangs erwähnten modernen Biowissenschaften. Die „Entschlüsselung“ des genetischen „Codes“ verändert unseren Begriff von Kultur und Natur. Auch hier verschwimmt die Grenzziehung: Über Jahrtausende waren die Möglichkeiten, Natur zu „kultivieren“, auf Landbau und herkömmliche Vieh- und Pflanzenzucht beschränkt. Die Methoden wurden zwar immer weiter verfeinert und verbessert. Aber die eigentlich steuernden Vorgänge in den Organismen auf Ebene der Zellen und Moleküle, der Bauplan des Lebens blieb dem Verständnis verschlossen. Auch die großartige Kulturleistung Medizin konnte diese Grenze bisher nicht überwinden: Bei schweren Krankheiten wie Krebs oder schlicht im Alterungsprozess bleibt der Mensch bisher ursächlich seiner Natur ausgeliefert.

Mit jedem Tag, an dem „das Lesen im Buch des Lebens mit Riesenschritten vorangeht“, wie es jüngst in einer großen Tageszeitung hieß, erweitert sich aber nun das Potenzial, in nie dagewesener Weise in die Natur einzugreifen, sie in neuer Art und Weise zu „kultivieren“. Mit jedem Abschnitt des Genoms, das kartographiert und dessen Funktion verstanden wird, steigen die Chancen, bisher unheilbare Krankheiten ursächlich zu behandeln, genauer zu diagnostizieren, vorzubeugen. Vom Verfahren „Versuch und Irrtum“ entwickelt sich die wissenschaftliche Arbeit hin zum „Verstehen und Steuern“. In der Landwirtschaft können Pflanzen und Tiere gezielter und über Artgrenzen hinweg gezüchtet werden. Die daraus erwachsenden Chancen für Gesundheit und Ernährung der Menschen sind atemberaubend – aber die möglichen Folgen, die ethischen Fragestellungen, die Risiken sind es auch. Dürfen wir machen was wir machen können? Bis wohin wird die Grenze zum Unantastbaren verschoben, wer legt sie fest und wer überwacht sie? Sind die Folgen für die Umwelt abschätzbar? Ist Mißbrauch auszuschließen?



Jürgen Dormann, Vorsitzender des Kuratoriums der Aventis Foundation, Frankfurt/M.
Vorsitzender des Vorstands der Aventis S.A., Strasbourg

Als forschungsintensives Unternehmen im Bereich Gesundheit und Ernährung sind wir bei Aventis mit all den Themen der Biowissenschaften und auch der Informationstechnologie eng verbunden. Unser Erfolg hängt davon ab, Schritt zu halten mit der technologischen und der gesellschaftlich/kulturellen Entwicklung. Wir müssen unsere unternehmerischen Entscheidungen treffen aufgrund von Annahmen über künftige technologische Möglichkeiten und deren Akzeptanz durch die Gesellschaft.

Was kann und soll vor diesem Hintergrund die Aventis Foundation leisten? Sie kann Projekte initiieren oder unterstützen, die sich mit dem Themenkreis wissenschaftlich, künstlerisch oder publizistisch auseinandersetzen. Ein Beispiel ist das Aventis Triangle Forum.

Die Aventis Foundation ist noch jung; wir werden in den kommenden Jahren viele ähnlich angelegte Projekte fördern. Wir hoffen, damit den gesellschaftlichen Dialog anregen zu können – und zugleich auch unsere Rolle als Unternehmer in der Gesellschaft besser verstehen zu lernen.

Jürgen Dormann

I. Innovation und gesellschaftliche Stabilität: Zielbild einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung

|| Keine ungedeckten Schecks
auf die Zukunft ||

Das Verhältnis von technologischem Wandel, sozialer Innovation, politischer Erneuerung und gesellschaftlicher Stabilität ist in Zukunft von zentraler Bedeutung. Es geht um Wohlstand und Sicherheit, die Stabilität der vorhandenen oder erwünschten Lebensverhältnisse, individuell und kollektiv. Eine stabile Gesellschaft setzt den Einzelnen in den Besitz seiner Möglichkeiten und gewährleistet zugleich den sozialen Zusammenhalt über funktionierende Mechanismen gesellschaftlicher Solidarität. Dazu bedarf es eines Konsenses über fundamentale gemeinsame Werte, geeigneter Institutionen, ausreichender materieller Mittel und technologischer Ressourcen. Eine stabile Gesellschaft speist die Identität ihrer Menschen und ist Voraussetzung für eine ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltige Entwicklung. Eine nachhaltig organisierte Gesellschaft strebt ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit bei gleichzeitiger sozialer Gerechtigkeit an. Dort sollen von jeder Generation nicht mehr Schadstoffe freigesetzt werden als Luft, Wasser und Böden aufnehmen oder von geeigneten Technologien abgebaut werden können. Ökonomische Nachhaltigkeit heißt, dass ein Staat wirtschafts-politisch vernünftige Konzepte verfolgt und auf Dauer nicht mehr Geld ausgibt, als er einnimmt. Kurz gesagt werden in einer nachhaltigen Gesellschaft keine ungedeckten Schecks auf die Zukunft ausgestellt.

Die Wucht des Übergangs von der Industrie- zur transnationalen Informationsgesellschaft stellt das Zielbild einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung in Frage. Der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft hat die Bedeutung des Verhältnisses von technologischem und gesellschaftlichem Wandel mit der damit aufgeworfenen sozialen Frage eindrucksvoll belegt. Einstmals funktionsfähige Instrumente gesellschaftlicher Solidarität verloren in den Zeiten des Wandels ihren Sinn. Erst nach geraumer Zeit gelang es, die damit verbundenen Verteilungskonflikte zu moderieren und die untauglich gewordenen Formen sozialer Integration durch neue Integrationsmechanismen zu ersetzen.

Der Übergang von der national und territorial verfassten Industriegesellschaft in die durch Globalität und Technologie geprägte Gesellschaft lässt ebenso gravierende Umbrüche erkennen. Ähnlich wie die Eisenbahn im 19. Jahrhundert die Versorgung von Menschen und Wirtschaft aus weiten Entfernungen ermöglichte und auf diese Weise Urbanisierung, Massenproduktion und internationale Gütermärkte forcierte, sind modulare Produktionsprozesse transnational agierender Unternehmen, der alltägliche globale Fluss von Devisen und Kapital oder die zunehmende Zahl globaler Kommunikationsnetzwerke prägende Merkmale der heutigen Zeit. Wie zu Zeiten der industriellen Revolution sind damit weitreichende Konsequenzen für politisches Handeln verbunden.

Entwürfe für künftige Formen politisch nachhaltigen Handelns müssen drei Entwicklungen Rechnung tragen, die unmittelbar aus Globalisierung und technologischen Innovationen resultieren:

- Den wachsenden Asymmetrien gesellschaftlicher Verhältnisse;
- den Bedingungen einer beschleunigten Ökonomie;
- den wechselseitigen Sensibilitäten einer vernetzten Welt.

Entgegen vielen gängigen Debatten ist der systemische Charakter dieser Entwicklungen zu betonen. Sie sind Ausdruck einer technologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Zeitenwende, die sich einfachen Lösungen entzieht. Vielmehr ist zu fragen, wie sich systemische Fehlentwicklungen durch Selbstorganisation, Kooperation und Konfliktregulierungen auf den verschiedenen



Der Tagungsraum des Forums

|| Globalisierung
und technologische Innovationen
erfordern soziale Anpassung ||



Handlungsebenen lokaler, nationaler, regionaler und transnationaler Politik konstruktiv regulieren lassen, um das Zielbild einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung zu profilieren. Technologien prägen modernes Leben in prägnanter Weise und greifen in das soziale Miteinander erheblich ein. Hierbei kontrastieren Chancen und Herausforderungen und es stellt sich die Frage, ob und wie technologische Innovationen zu Ressourcen nachhaltigen Handelns werden können.

Wachsende Asymmetrien gesellschaftlicher Verhältnisse

Gesellschaftliche Asymmetrien sind heute bereits Realität und werden im Zuge ökonomischer Globalisierung und technologischen Wandels künftig noch an Schärfe gewinnen. Dies zeichnet sich sowohl innerhalb von Gesellschaften als auch zwischen ihnen ab. Individualisierte Lebensentwürfe und Beschäftigungsformen, eine sich öffnende Einkommensschere, ethnische Konflikte, Diskriminierungen oder eine steigende Kriminalitätsrate sind Ausdruck wachsender Desintegration. Die zunehmenden gesellschaftlichen Asymmetrien sind ein Zeichen dafür, dass herkömmliche soziale Ausgleichsmechanismen an Funktionsfähigkeit, Akzeptanz und damit an Legitimität verlieren. Zwischenstaatliche Asymmetrien ergeben sich aus mangelnder Wettbewerbsfähigkeit, einem unterschiedlichen Zugang zu Kapital und natürlichen Ressourcen oder den starren Konzepten geschlossener Gesellschaften.

Der technologische Wandel eröffnet neue Wachstumspotenziale, ist zugleich jedoch ein Grund für die Diskontinuität wirtschaftlicher Entwicklungen. In einer etablierten Industrie entsteht sie dadurch, dass neue Produkt- oder Prozesstechniken eingeführt werden, die das Wissen der Unternehmen entwerten und die Entwicklung von ganz neuen Wissensbeständen nötig machen. Technologischer Wandel geht einher mit dem Markteintritt und schnellen Wachstum von neuen Unternehmen und dem Niedergang von etablierten Firmen. Das Internet, zum Beispiel, verändert Produktionsformen und Vertriebsmodelle radikal. Wissen und Kompetenz nehmen in diesem Prozess eine herausragende Bedeutung ein. Dadurch entsteht ein neuartiges Problem. Wenn Information zum vierten Produktionsfaktor avanciert, stellt sich die Frage, wie sich Wissen besser schützen lässt. Wenn Wissen nicht hinreichend geschützt werden kann, dann können Unternehmenswerte genauso leicht zerfallen wie sie entstehen.

Die Mikroelektronik und Informationstechnologien haben nicht nur viele Produkte ermöglicht, sondern auch Abgrenzungen zwischen einstmals getrennten Branchen hinfällig gemacht. Individual- und Massenkommunikation, Telekommunikation und Datenverarbeitung wachsen zunehmend zu einer einzigen und neuen Industrie zusammen. Ähnlich wird die Molekularbiologie das Profil der Agrarwirtschaft grundlegend verändern. Boden, natürliche Ressourcen und Arbeit verlieren als charakteristische Faktoren der Landwirtschaft rapide an Bedeutung. Agrarwirtschaft wird zunehmend zum High-Tech-Produkt, kapitalintensiv und auf Laborforschung gestützt.

Technologischer Wandel verursacht neben ökonomischen auch gesellschaftliche Brüche. Wie bei der industriellen Revolution verändert er die Strukturen und Funktionsweisen gesellschaftlicher Institutionen und Kommunikationsprozesse. Globalisierung und neue Technologien haben seit jeher zu mehr Wohlstand, dem Entstehen neuer Wirtschaftszweige und neuer Arbeitsplätze sowie einer Steigerung des Lebensstandards beigetragen. Damit traten jedoch auch erhebliche Anforderungen zur gesellschaftlichen Anpassung auf. Die Industrialisierung

|| Komplexität und Beschleunigung
sind symptomatisch
für moderne Globalität ||

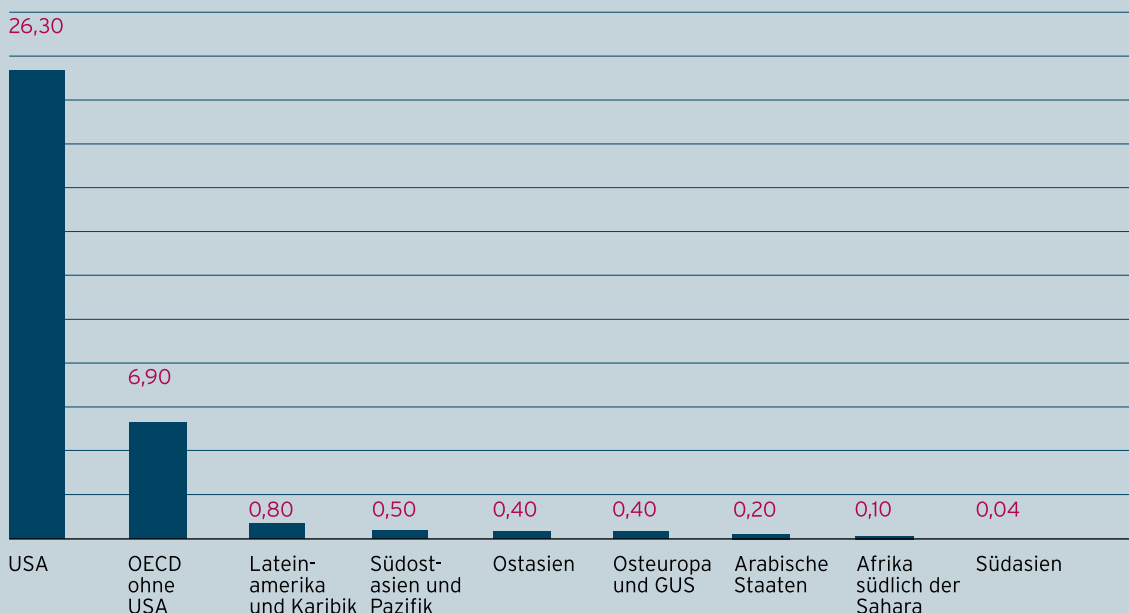
|| Globalität und Technologien
erzeugen soziale
Asymmetrien ||

hob die ständische Ordnung der durch Zünfte und Manufakturen geprägten Gesellschaften auf. Diese Ordnung hatte den Menschen einen gewissen Schutz geboten. Mit der Industrialisierung und Verstädterung wurde Existenzunsicherheit zum Lebensschicksal des Proletariats. Gleichzeitig markiert diese Entwicklung die Geburtsstunde der sozialen Marktwirtschaft mit der es schließlich gelang, die Energien eines entfesselten Kapitalismus in eine sozial verträgliche Form zu leiten. Die sozial organisierte freie Marktwirtschaft erwies sich damit als richtige Antwort auf den sozialen Wandel der damaligen Zeit.

Das umwälzende Potenzial der Globalisierung und der technologischen Revolution stellt, ähnlich wie im 19. und 20. Jahrhundert, die Frage nach ihrer gesellschaftlichen Konsequenz. Wer sind die Gewinner und wer die Verlierer im angebrochenen Jahrhundert, und wird das Verlieren zu einem massenhaften Phänomen? Hier geht es gewiß nicht um eine Rückkehr zum Manchester-Kapitalismus. Der Mechanismus ist anders: Zwar nutzen heute annähernd 400 Millionen Menschen das Internet, aber die Hälfte der Erdbevölkerung hat noch nie ein Telefongespräch geführt. Die ärmsten Entwicklungsländer sind vom digitalen Fortschritt praktisch ausgeschlossen; auf die OECD-Länder mit 19 Prozent der Weltbevölkerung entfallen 91 Prozent der Internetnutzer. Dies illustriert: An die Stelle der Ausbeutung im industriell geprägten Kapitalismus könnte eine andere Form der Diskriminierung treten, die der Ausschließung. Wird damit eine neue, eher kleine Klasse der Wissenden, die Tempo und Komplexität aushalten und steuernd in die zukünftige Gesellschaftsentwicklung eingreifen, über eine eher große Klasse der Unwissenden herrschen, und so eine neue soziale Polarisierung vorantreiben? Perspektiven von derart gravierenden gesellschaftlichen Asymmetrien erfordern eine große politische Sensibilität. Ähnlich wie in der Ökonomie entwerfen die technologischen Innovationen traditionelle gesellschaftliche Orientierungen in signifikanter Weise und machen die Entwicklung von funktionierenden Alternativen erforderlich. Als Grundlage von neuen gesellschaftlichen Organisationsformen und -möglichkeiten stellen sie etablierte gesellschaftliche Hierarchien, Institutionen und Kommunikationsmuster in Frage. Sie lassen sich anhand von Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und eines neuen zwischenstaatlichen Entwicklungsgefälles bereits heute nachzeichnen oder doch wenigstens andeuten. Neue Technologien tragen neben ihren großen Chancen den Keim gesellschaftlicher Asymmetrien in sich, wie auch das Beispiel der Bio- und Gentechnologie zeigt.

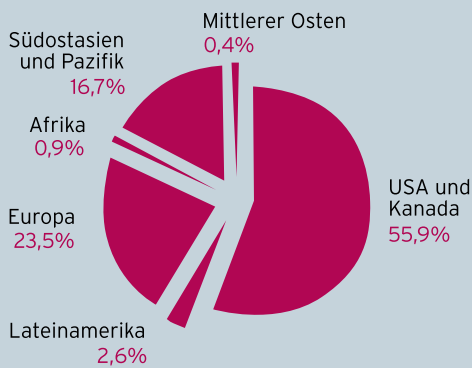
|| Erzeugen Globalität und neue
Technologien die soziale Frage
des 21. Jahrhunderts? ||

Bevölkerungsanteil der Internet Benutzer in %

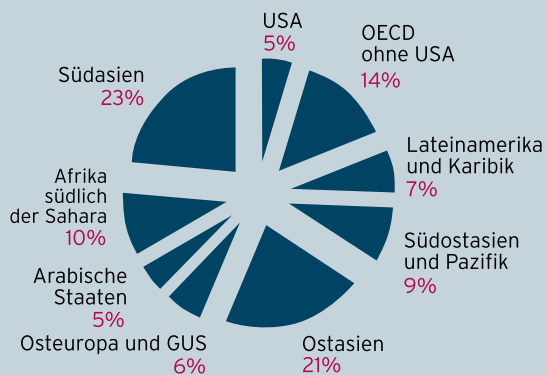


UNDP,
World Bank,
OECD

Anteil an Welt-Internet Nutzern



Anteil an der Weltbevölkerung



UNDP,
World Bank,
OECD

Arbeitsmärkte

Globalisierung ist am meisten fortgeschritten auf den internationalen Finanzmärkten, am wenigsten auf den Arbeitsmärkten. Sie geht einher mit einem fortschreitenden ökonomischen Strukturwandel. Das Verhältnis von Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungen hat sich zugunsten des Informations- und Dienstleistungssektors verschoben. Im Jahr 2010 soll der Anteil der Dienstleistungen zum Beispiel in Deutschland bei über 70 Prozent liegen, im Vergleich zu rund 60 Prozent 1991. Dadurch und durch den Übergang von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft entstehen Impulse zur weitreichenden Veränderung von Arbeitsmärkten und Berufsbildern.

Der tiefgreifende Wandel von Wertschöpfungsprozessen und Beschäftigungsformen findet nur zögerlich Eingang in die Systeme der sozialen Sicherung. Im Ergebnis findet sich eine wachsende Zahl von Erwerbstätigen ausserhalb der Sozialsysteme wieder. Die Flexibilisierung der Arbeitswelten löst das ‚Normalarbeitsverhältnis‘ und seine soziale Einbettung auf. 1998, zum Beispiel, galt dieses Arbeitsverhältnis in Westdeutschland nur noch für 55 Prozent der Menschen. 1980 dagegen waren es noch 80 Prozent.

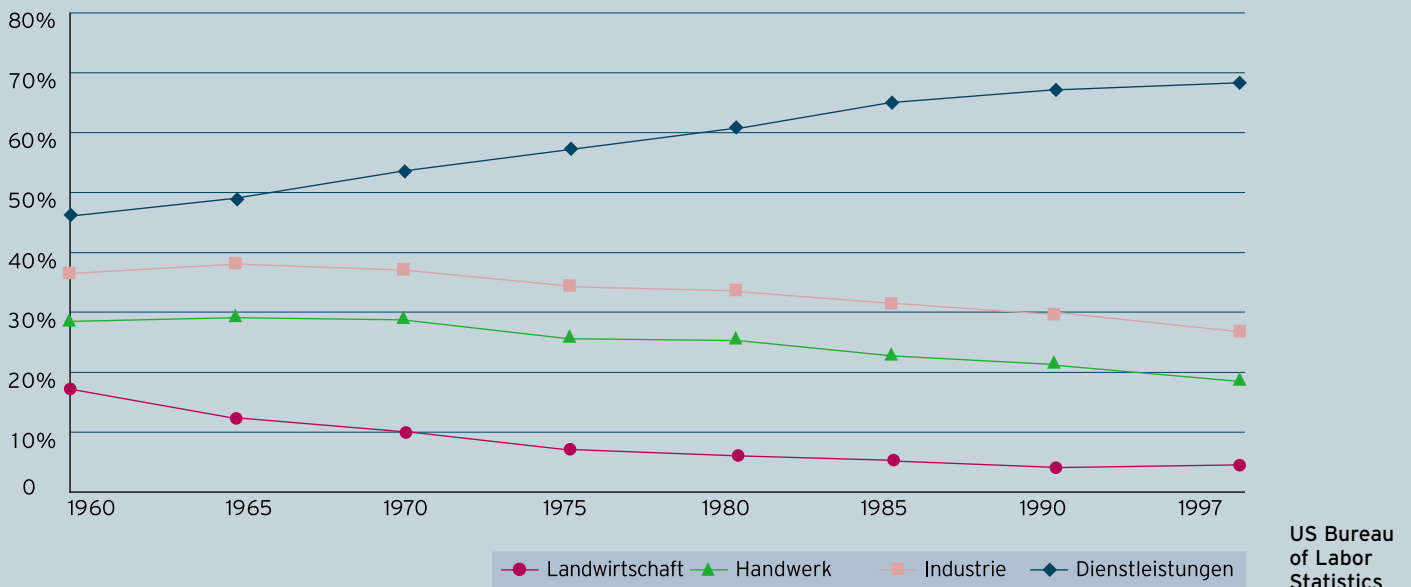
Bereits heute Asymmetrien auf den
Arbeitsmärkten und bei sozialen
Absicherungssystemen

Während im Bereich der klassischen Industrien und in der Landwirtschaft weiter Arbeitsplätze durch Rationalisierung verloren gehen, werden die Berufsgruppen der Wissensarbeiter, der hochqualifizierten Facharbeiter und eine neue Gruppe von Selbstständigen den strukturellen Wandel erfolgreich bewältigen. Ihr wesentliches Kennzeichen ist hohe Qualifikation und persönliche Mobilität. Eine abnehmende Nachfrage nach menschlicher Arbeit in der Landwirtschaft und in der Industrie wird von einer steigenden Nachfrage nach Dienstleistungen begleitet. Prinzipiell werden Dienstleistungen den Verlust „traditioneller“ Arbeitsplätze aber nicht in ausreichendem Masse substituieren, da auch dieser Bereich weiteren Produktivitätssteigerungen offensteht, wie die Entwicklung im Banken- und Versicherungswesen belegt. Die Kontinuität des eigenen Berufslebens wird für diejenigen, die sich dem Wandel nicht erfolgreich anpassen können, durch Arbeitslosigkeit und verringerte Einkommen bedroht. Für den einzelnen Menschen bedeutet dies die Notwendigkeit einer erhöhten Flexibilität und Mobilität, die nicht jeder auszuhalten in der Lage sein wird. Die soziale Komponente der Marktwirtschaft wird daran anzupassen sein, ohne ihren Bankrott erklären zu müssen.

Die Erfahrung zeigt, dass ein hohes Maß an Sozialstaatlichkeit kein Hindernis für eine erfolgreiche Partizipation an der ökonomischen Globalisierung darstellt. Im Gegenteil bildet sie geradezu eine Grundlage der wirtschaftlichen Globalisierung, denn sie hat zu einer Internalisierung der Risiken und Kosten der weltwirtschaftlichen Verflechtung beigetragen. Ein Blick auf die Länder in der Europäischen Union, die relativ geringe Arbeitslosenquoten aufweisen und gleichzeitig intensiv in die internationale wirtschaftliche Verflechtung eingebunden sind, zeigt, dass diese über ein relativ hohes Niveau sozialer Leistungen verfügen. Als Beispiele



Beschäftigungsstruktur (Durchschnitt aus USA, Kanada, Australien, Japan, Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande, Schweden, UK)



lassen sich die Niederlande, Österreich und Dänemark anführen. Diese Feststellung ist von um so größerer Bedeutung, da diese kleinen Länder kaum die Möglichkeit haben, eine autonome Wirtschaftspolitik zu betreiben. Preise, Löhne und Zinsniveau werden hier im wesentlichen von außen bestimmt, ohne dass dieses „Aussen“ irgendwie beeinflussbar wäre.

Zwischenstaatliches Entwicklungsgefälle

Globalisierung und technologischer Fortschritt verschärfen nicht einfach das klassische Entwicklungsgefälle zwischen entwickelten und weniger entwickelten Staaten, sondern differenzieren ihre Entwicklungswege. Im Ergebnis entstehen Asymmetrien zwischen den hochentwickelten Volkswirtschaften und den Schwellenländern einerseits und den Entwicklungsländern andererseits. Bis auf weiteres wird nur ein Teil der Menschheit die Chancen des globalen und technologischen Wandels nutzen können. Während Teile Schwarzafrikas, Lateinamerikas oder Asiens den Anschluß an die Entwicklungen verlieren, werden andere Länder wie Malaysia, Thailand, Südkorea oder Singapur zu wettbewerbsfähigen und modernen Staaten. Im Konzert mit der Liberalisierung der Weltmärkte und über den Technologietransfer kann auch die Armutsbekämpfung mit den Kräften globaler und liberalisierter Märkte gelingen.

Ein Beispiel hierfür ist Thailand. Zwei Jahrzehnte lang katapultierte ein hohes Wirtschaftswachstum das Land aus dem Kreise der Ärmsten in die Riege der Schwellenländer. Thailand konnte sich aus der Abhängigkeit von den Hilfgeldern reicher Nationen lösen, profitierte vom Freihandel, baute mit Hilfe von Auslandsinvestitionen Autos, Strom- und Telefonnetze. Ebenso wie Malaysia oder Singapur verkörperte das Land ein neues Entwicklungsmodell. Globalisierung erlaubt klug agierenden Schwellenländern eine Entwicklung, ohne jede der klassischen Stufen der Industrie- und Infrastrukturentwicklung durchlaufen zu müssen – anderen jedoch nicht. Das Ergebnis sind neuartige zwischenstaatliche Asymmetrien, die ein neuartiges Muster nationalstaatlichen Entwicklungsgefälles schaffen, welches die Kontinuität bisher gewohnter nachbarschaftlicher Beziehungen durchbrechen kann. So ist es denkbar, dass sich die Tigerstaaten Südostasiens weiter schnell entwickeln. Dies kann sie wirtschaftlich von ihren Nachbarstaaten entfernen, was ein neues Wohlstandsgefälle unmittelbar in der Region schaffen und zu Spannungen, Abgrenzungen und Konflikten führen kann.

|| Neues Entwicklungsgefälle
und unbekannte Verhältnisse
zwischen Staaten ||

Ein anderes Beispiel sind die enormen Fortschritte in den Biowissenschaften, die großartige Entwicklungen in Ernährung und Gesundheit erwarten lassen. So ruhen viele Hoffnungen für eine ausreichende Ernährung auf der Bio- und Gentechnologie. In 20 Jahren werden eine Milliarde Menschen zusätzlich jährlich 200 Millionen Tonnen Reis mehr benötigen. Die Pflanzenzüchter setzen darauf, die Zuchtziele mit neuen Verfahren effektiv erreichen zu können. Die Gentechnik ist nach Ansicht der Welternährungsorganisation FAO für eine nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung unerlässlich, weil sie Pflanzensorten mit Krankheitsresistenzen, verbesserten Inhaltsstoffen, neuen Qualitäten und Absatzmärkten hervorbringen kann. Jährlich gehen noch immer etwa 30 Prozent der Welternte durch Viren, Bakterien, Pilze, Kräuter und Insekten verloren. Für die Ernährung der Weltbevölkerung ist es wichtig und möglich, Pflanzensorten zu entwickeln, die auch bei ungünstiger Versorgung mit Nährstoffen und Wasser noch hinreichende Ernten bringen. Das Potenzial der Bio- und Gentechnologie baut diese Möglichkeiten auf.

Neben diesen positiven Perspektiven für die Integration einer wachsenden Weltbevölkerung beinhaltet die Bio- und Gentechnologie aber auch Entwicklungspfade, welche eine Desintegration von Gesellschaften befürchten lassen. Das ist dann der Fall, wenn Asymmetrien durch biowissenschaftliche Innovationen bestimmte Gruppen bevorzugen und andere benachteiligen. Dies wird nicht nur durch den unterschiedlichen Zugang zu Nahrungsmitteln deutlich, sondern durch Diskriminierungen im Sozial- und Gesundheitswesen. Die Perspektive der Verlängerung und Verbesserung des Lebens produziert erheblichen sozialen Regelungsbedarf. Die notwendigen Anpassungen der Gesundheits- und Pensionsysteme sind heute aber ebenso unbeantwortete Fragen wie das Spektrum der Diskriminierungen gegenüber solchen, die gentechnische Einwirkungen befürworten und bezahlen können und jenen, die sich Ihnen aus persönlichen, religiösen und ethischen Gründen verweigern oder diese nicht finanzieren können. Sorgen machen sich breit, dass die alltägliche Anwendung gentechnologischer Verfahren in Zukunft zu einer Spaltung von „Machern“ und „Gemachten“ führt. Die Ursache wird in der starken Konzentration des Know-Hows und der Vermarktung in den Händen weniger Unternehmen oder Ländern gesehen. Einige wenige entscheiden über die Definition menschlichen Lebens, viele andere leben mit ihren Auswirkungen. Einige Entwicklungsländer haben bereits auf dem Gipfel der World Trade Organization (WTO) in Seattle die Befürchtung artikuliert, zu Versuchsfeldern biotechnologischer Anwendungen degradiert zu werden – ohne nennenswerten Einfluss auf den Einsatz der Technologie.

Beschleunigung des ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels

Kräfte der Globalisierung und neuer Technologien entfalten sich im Spannungsfeld des Wettbewerbs. Wettbewerb zwingt zu immer neuen, besseren, schnelleren Innovationen. Der Wettbewerb auf dem Globus ist das Gaspedal für die Dynamik des ökonomischen wie technologischen Wandels. Die aus dem System des Wettbewerbs entstehende Geschwindigkeit wird so zu einem dominanten Spezifikum der Zeit. Der Antrieb erfolgt aus dem System heraus, das Produktivitätsfortschritt und starke wirtschaftliche Dynamik verlangt, will man erfolgreich im Wettbewerb bestehen. Die Schnelligkeit des Wettbewerbs beruht darüber hinaus auf dem technologischen Fortschritt, insbesondere der Digitalisierung der Information. In einer Zeit, in der die „New Economy“ des Informationszeitalters in aller Munde ist, sind die informations- und kommunikationstechnischen Trends der Miniaturisierung, Standardisierung, Integration und Vernetzung die Voraussetzung, das Maß der Geschwindigkeit weiter zu steigern. Die Verbesserungen von technischer Leistung und Preis-Leistungs-Relation im Bereich von Kommunikation und Information haben, getrieben durch die Digitalisierung, große Sprünge gemacht, so dass jedermann, der Selbstständige, der Mittelstand und der multinational operierende Konzern, davon profitiert. So ist der Preis für ein dreiminütiges Telefonat zwischen New York und London in den vergangenen 65 Jahren um den Faktor 300 gefallen. Die Rechnerkapazitäten verdoppeln sich alle 18 Monate. Heute steckt in einem Handy mehr Rechnerleistung als in der ersten Mondfähre und mit einem durchschnittlichen PC hätte man seinerzeit die Apollo-Mission steuern können.



|| Beschleunigung resultiert
aus Wettbewerb und
technologischem Fortschritt ||

|| Komplexität und Vernetzung
 machen Gesellschaften
 verletzbarer ||



Morgendlicher Weg zum Tagungsraum

|| Traditionelle Wachstumspfade und
 Konsummuster führen zum
 ökologischen Kollaps ||

Die globalen, durch informationstechnologischen Fortschritt ermöglichten Märkte, verkürzen somit unseren Zeithorizont. Die wirtschaftliche Entwicklung wird immer schneller - häufig zu Lasten gesellschaftlicher und individueller Grundbedürfnisse. Dies wird deutlich in kurzatmigeren Unternehmens- und Investitionsstrategien, der Mißachtung natürlicher Rhythmen von Mensch und Natur und immer kürzeren Produktzyklen. Beschleunigung manövriert Menschen in die Spannungsfelder von enormer Flexibilität einerseits und Kontinuität ihrer Lebensverhältnisse andererseits. Künftig wird ein Universitätsabsolvent in den durchschnittlich 35 Jahren seines Berufslebens mindestens zwölfmal seinen Arbeitgeber und dreimal das Berufsfeld wechseln. Diese Tendenz wird sich auch in anderen Ländern verstärken, was bei vielen Menschen einen Widerstreit der Empfindungen provoziert. Zuversichtlichem Vertrauen der einen auf neue Chancen individueller und gesellschaftlicher Entwicklung steht die Furcht anderer vor dem Verlust materieller Besitzstände und sozialer Geborgenheit gegenüber. So fühlen sich zum Beispiel 50 Prozent der deutschen Bevölkerung von der Beschleunigung des Lebens bedroht. Insbesondere der Druck zur ständigen beruflichen Anpassung an veränderte Verhältnisse sowie die Flut an Informationen und Reizen durch die Medien werden als Überlastung empfunden.

Wechselseitige Sensibilitäten einer vernetzten Welt

Gesellschaftliche Asymmetrien und die Beschleunigung der Ökonomie werden durch die zunehmende Komplexität der gesellschaftlichen Vernetzungen noch verstärkt. Dies wird deutlich durch wachsende Interdependenzen und Störanfälligkeiten, durch Grenzen politischer Steuerung und eine wachsende Zahl von Akteuren und politischen Arenen.

|| Zunehmende Interdependenz und Störanfälligkeit

Wachsende Interdependenz und Störanfälligkeit resultieren zunächst aus ökonomischer Verflechtung. Seit Mitte der 80er Jahre haben sich zum Beispiel die Umsätze im Devisen- und internationalen Wertpapierhandel mehr als verzehnfacht. Die jährlichen grenzüberschreitenden Transaktionen mit Rentenpapieren und Aktien sind zwischen 1980 und 2000 von 10 Prozent auf 250 Prozent des Weltsozialprodukts angestiegen. Der Handel mit Devisen hat mittlerweile ein Volumen von täglich 1,5 Billionen US-Dollar erreicht, was etwa dem jährlichen Bruttosozialprodukt von Frankreich entspricht. Nur noch der geringste Teil dieser Bewegungen, etwa in der Größenordnung von 2 Prozent, hat eine realwirtschaftliche Grundlage. Die Entscheidung über das Halten oder das Verkaufen von Finanzanlagen in einer bestimmten Währung ist maßgeblich von der Stimmungslage an den Finanzmärkten abhängig. Mächtige Pensionsfonds und launige institutionelle Anleger drängen Unternehmen zu immer höheren Kapitalrenditen. Sie entscheiden durch blitzschnelle Ab- und Zuflüsse liquiden Kapitals über die Performance von ganzen Volkswirtschaften. Mit der wachsenden Anzahl unberechenbarer Akteure und durch die enorme Kapitalakkumulation hat die Volatilität der internationalen Finanzmärkte eine neue Qualität angenommen. Die Asienkrise 1997/98 und die Währungskrise in Rußland 1998 haben in eindrucksvoller Weise demonstriert, wie Volkswirtschaften in kürzester Zeit liquide Mittel für Investitionen entzogen wurden, ohne dass die politischen Akteure in der Lage waren, die Entwicklungen nennenswert zu beeinflussen. Angesichts der Größenordnung der globalen Finanzströme sind ordnungspolitische Interventionen, wie Kapitalverkehrskontrollen oder politisch vereinbarte Wechselkurskorridore kaum noch durchzusetzen. Ablauforientierte Eingriffe in Form von Stützungskäufen nationaler Zentralbanken sind oftmals keine möglichen politischen Instrumente mehr, wie die Währungsturbulenzen im Europäischen Währungssystem (EWS) 1992 und 1995 gezeigt haben.

Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum haben die Belastungsfähigkeit ökologischer Systeme schon längst überschritten. So verschwinden durch Urbanisierung, Rodung oder weitere Industrialisierung täglich etwa 150 bis 200 Arten aus dem Genpool der Welt. Auch hier wachsen Interdependenzen und Störanfälligkeiten. Eine weiter wachsende Bevölkerung mit dem Anspruch auf steigenden Lebensstandard wird auf traditionelle Wachstumspfade und Konsummuster einschwenken. Dies wird den Naturverbrauch nochmals drastisch in die Höhe treiben. Die

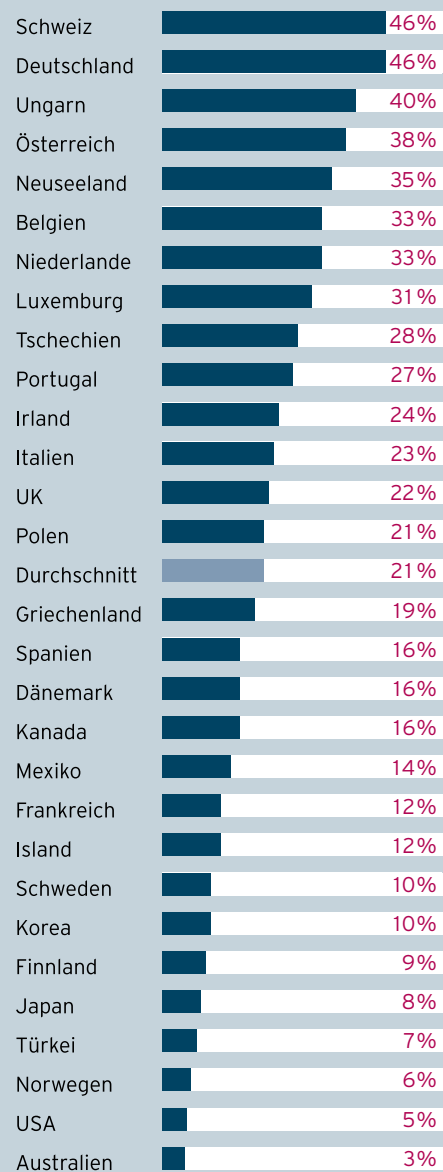
Zunahme von Verteilungskonflikten um natürliche Ressourcen sind in diesem Szenario vorprogrammiert. Die Tendenz, sich die Natur, etwa durch die Begrädnung von Flüssen oder die gigantische Stauung von Gewässern, nutzbar zu machen, und die weitere Nutzung riskanter Technologien, wie der Kernenergie, erhöht die Wahrscheinlichkeit und Reichweite potentieller Störungen - über nationale Grenzen hinweg.

Grenzen politischer Steuerung

Angesichts zunehmender Komplexität des wirtschaftlichen und sozialen Miteinanders zeigt das Versagen des Verwaltungsstaates die Grenzen akribischer Planung auf. Eine der Lehren des vergangenen Jahrhunderts ist die Einsicht, dass es nicht möglich ist, ein so komplexes gesellschaftliches System wie Wirtschaft zu planen. Ebenso lässt sich ein einzelfallgerechtes Sozialsystem auch nicht durch noch so detaillierte Regelungen erreichen. Staatliches Handeln muss sich deshalb auf Kernfunktionen beschränken. Vernetzung, Beschleunigung und Komplexität verringern die Prognostizierbarkeit und damit die Steuerbarkeit der Ereignisse. Dies zeigt die Wissensgeschichte auf. Die Prognostik, das Instrument der 70er und 80er Jahre, musste aufgrund ihrer Fehlerhaftigkeit dem Scenario-Writing weichen, das mehrere Wahrscheinlichkeiten identifiziert, dabei jedoch den Ausgang von Entwicklungen offenlässt.

Der ‚Scientismus‘ der 70er Jahre, aufbauend auf dem Wissenschaftsglauben im newtonsch-kartesischen Sinne, das auf strikt linearem Denken und geschlossenen Systemen beruht, ist relativiert worden. Man hat erkannt, dass die strenge Rationalität die Probleme weder exakt zu identifizieren in der Lage ist, noch Strategien hervorbringen kann, die zwingend zu ihrer Lösung führen. Als nach dem Zweiten Weltkrieg die Futurologie als Wissenschaftsdisziplin in der amerikanischen Rand Corporation entstand, dominierte der Optimismus, Zukunft zutreffend beschreiben zu können. Doch vieles, was die Zukunftsforschung für einen bestimmten Zeitraum vorausgesagt hat, traf nicht ein. Nachdem 1972 der Club of Rome mit seiner Untersuchung über ‚Die Grenzen des Wachstums‘ den ersten Versuch unternahm, den Blick in die Zukunft der Welt zu wagen, sind eine Reihe von zukünftigen Weltmodellen entstanden, die sich jedoch zum Teil stark widersprachen. Die Analyse dieser Widersprüche hat gezeigt, dass nicht ein Mangel an Daten das Manko der Zukunftsforschung gewesen ist, sondern gesellschaftstheoretische Schwachstellen, gewissermassen blinde Flecke im nur scheinbar objektiven Bild von Gegenwart und Zukunft. Weil historische, soziale und ökonomische Ursachenzusammenhänge nicht durchschaut oder bewusst ausgeklammert wurden, ergaben sich unterschiedliche Handlungsperspektiven.

Bedrohte Tiere (Prozentsatz aller bekannten Arten)



OECD

Die Planungseuphorie vergangener Politikentwürfe ist der nüchternen Erkenntnis gewichen, dass sich gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen nicht vorhersehen und nur bedingt hierarchisch steuern lassen. Gesellschaft, Natur und Ökonomie sind offene und dynamische Systeme, die komplexe und unberechenbare Interaktionsmuster erzeugen. Hinzu kommt, dass Prognosen stets auch ein soziales Phänomen sind. Es geht also um Interessen sowie zugrundeliegende Werte und Weltbilder. Normen, Selbstorganisation von gesellschaftlichen Subsystemen und die Dynamik offener Systeme begrenzen in der Konsequenz den Einfluss politischer Gestaltungsmacht und zwingen zu flexiblen Handlungsstrategien. Zugleich müssen Regierungen angesichts der komplexen Zusammenhänge auf die Expertise und das Engagement des Privatsektors zurückgreifen. Der notwendigen Rückbesinnung auf wirkliche Aufgaben entspricht ein neues Politikverständnis: weniger punktuelle, symptombezogene Interventionen, sondern selbsttätige Regulierung ineinandergreifender, vernetzter gesellschaftlicher Subsysteme.

Wachsende Zahl von Akteuren schafft eine neue Konstellation der Macht



Der demokratisch verfasste, auf Gewaltenteilung und territorialer Integrität beruhende sowie marktwirtschaftlich orientierte Nationalstaat war das Erfolgsmodell des 20. Jahrhunderts. Für eine immer vernetztere und zugleich fragmentiertere Welt ist der Nationalstaat jedoch häufig eine zu kleine bzw. zu große Bezugsebene. Die Rolle des Staates hat sich dementsprechend verändert, neue Akteure wie supranationale Regime, Umwelt- und Verbraucherschutzgruppen oder Stiftungen gewinnen an Bedeutung. Die Gestaltung der Zukunft wird vor diesem Hintergrund Querschnittsaufgabe aller gesellschaftlichen Akteure. Transnational operierende Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen (NGO's) haben von der Mitte bis zum Ende des vergangenen Jahrhunderts ihren Einfluß auf das gesellschaftliche Miteinander erheblich ausgeweitet. Besonders die transnational operierenden Unternehmen entscheiden über die Allokation von Ressourcen, die dem Brutto-sozialprodukt mittlerer Volkswirtschaften entsprechen. Gleichzeitig beeinflussen sie durch ihre Standortentscheidungen und Bewertungen von Preisen im intra-industriellen Handel das Steueraufkommen einzelner Länder. Der jährliche Umsatz von General Motors oder DaimlerChrysler liegt über dem Bruttosozialprodukt von Ländern wie Norwegen oder Argentinien. Zur gleichen Zeit zeigt die wachsende Zahl von Unternehmensstiftungen ein gestiegenes soziales Bewusstsein vieler Unternehmen für gesellschaftliche Belange. Stiftungen fördern gesellschaftliche Aufgaben wie Bildung, Forschung oder interkulturellen Dialog, tragen so zu sozialen Zwecken bei und sind Ausdruck einer zunehmend dezentralen Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufgaben.

NGO's gewinnen Einfluss im politischen Bereich und wachsende Resonanz in der Öffentlichkeit. Dies wurde in herausragender Weise deutlich in der Debatte um die Ölplattform Brent Spar, die von der Umweltorganisation Greenpeace initiiert wurde und den Konzern Shell zwang, die Plattform umweltgerecht zu entsorgen. Bemerkenswert hierbei ist, dass nicht nur einzelne NGO's erfolgreich operieren, sondern in zunehmendem Maße thematisch und zeitlich begrenzte Koalitionen eingehen, um ihre Schlagkraft zu erhöhen. Das Multilateral Agreement on Investment (MAI), ein Investitionsschutzabkommen, das im Rahmen der OECD ausgehandelt wurde, um internationale Investments abzusichern, wurde von einer breiten Front von NGO's öffentlichkeitswirksam kritisiert. Dies führte schließlich zum Scheitern des Abkommens, was die Machtfülle solcher Aktionen eindrucksvoll belegt. Beim WTO-Gipfel in Seattle Ende 1999 gewann das Engagement von NGO's schließlich Züge einer konzertierten Aktion. NGO's sind politisch nicht in



herkömmlicher Form legitimiert, nehmen aber als Wachhunde im politisch-gesellschaftlichen Leben eine immer bedeutendere Rolle ein. Sie sind territorial nicht gebunden und können ihren Protest durch den Einsatz moderner Kommunikationstechnologien, insbesondere des Internet, ohne nennenswerte Zeit- und Reibungsverluste gut organisieren. Neben Kontroll- oder Warnfunktionen werden NGO's zukünftig zunehmend gestalterische Aufgaben übernehmen. So formuliert die Agenda 21 zum Beispiel ausdrücklich eine Mitwirkungsrolle solcher Organisationen bei der Umsetzung ihrer umweltpolitischen Ziele. Ihr Expertenwissen und ihre Nähe zu Problemen und betroffenen Menschen macht sie zu attraktiven Partnern für die konventionellen Gestalter von Politik. Hierbei werden die NGO's selbst eine aktive Rolle anstreben und nicht nur handeln, wenn sie gebetene Gäste der Politik sind. Daran werden sich Politiker und Beamte zu gewöhnen haben. In Zukunft wird politisches Handeln deshalb nicht nur von staatlichen Institutionen von oben nach unten gesteuert, sondern auch von dezentralen und eigenständigen Netzwerken von unten nach oben organisiert. Die Asymmetrien gesellschaftlicher Verhältnisse, die Beschleunigung technologischer Innovationen und die wechselseitigen Sensibilitäten einer vernetzten Welt stellen viele herkömmliche Regierungs-, Verwaltungs- und Entwicklungsmodelle in Frage. Sie werden untauglich für nachhaltiges Zukunftshandeln.

Daraus entstehen vier Herausforderungen:

- politisches Handeln zu legitimieren;
- ungeeignete Steuerungsmechanismen durch geeignetere zu ersetzen;
- Entscheidungsprozesse zu modernisieren;
- internationale Institutionen zu reformieren.

|| Politische Institutionen und
Entscheidungssysteme
überdenken und neu justieren ||



II. Globalisierung und politische Legitimation

|| Vernetzung verlangt
verstärkte Formen
der Kooperation ||



Kriengsak Chareonwongsak zur politischen Legitimation in einer globalen Welt

|| Internationale Politik ist
unzureichend organisiert ||

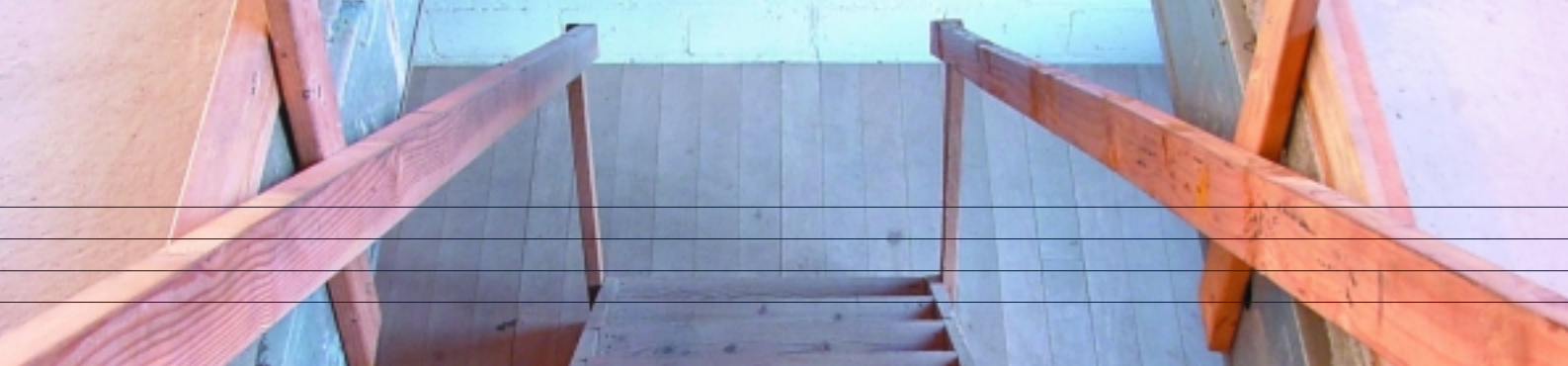
Im Verlauf der letzten 50 Jahre haben sich viele moderne Gesellschaften in ihrem eigenen Interesse geöffnet, abgesichert durch gemeinsame internationale Institutionen wie dem GATT, den Bretton Woods-Institutionen und der UNO und abgestimmte Verfahren der Entscheidungsfindung und Konfliktregulierung. Diese offenen Gesellschaften stehen nun vor der Herausforderung, wiederum in ihrem eigenen Interesse, neue Regime zu errichten oder überkommene Institutionen zu modernisieren. Der Sprung in eine durch Globalität und Technologie geprägte Gesellschaftsform ist der Grund für die Notwendigkeit einer neuen Art der Zusammenarbeit. Neben das Paradigma offener Marktwirtschaften muss das der kooperativen Gesellschaften treten. Es liegt in der Natur der Sache, dass viele Herausforderungen der Gegenwart eine Zusammenarbeit über Grenzen hinweg erfordern. Eine zunehmend integrierte Weltwirtschaft braucht globale Regeln des Wettbewerbs. Eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung, der Erhalt der Umwelt, die Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit oder die Aufrechterhaltung der globalen Kommunikationsinfrastruktur lassen sich nicht mehr alleine mit nationalen Handlungsansätzen verwirklichen. Das gegenwärtige System der internationalen Politik ist für diese Anforderungen jedoch unzureichend ausgestattet und zudem von gravierenden Schieflagen gekennzeichnet.

Dies wird deutlich durch:

- mangelnde Kooperation und Koordinationsprobleme zwischen den einzelnen politischen Ebenen des internationalen Entscheidungssystems;
- Demokratie- und Legitimationsdefizite internationaler Politik;
- nicht vorhandene Sanktions- und Konfliktlösungsmechanismen;
- fehlende Gestaltungsmöglichkeiten in internationalen Organisationen;
- Dominanz und Verhinderungsmacht einiger weniger Staaten in der Entscheidungsfindung;
- die diffuse Rolle der Zivilgesellschaft.

Der stille Machtverlust konventioneller Politik führt zu einer intensivierten Suche nach konkreten Gestaltungsmechanismen. Solche Mechanismen unterstreichen die Notwendigkeit, Lücken zu schließen, die der Staat nicht länger füllen kann oder soll. Es geht darum, die öffentlichen, staatlichen und wirtschaftlichen Sektoren durch Partnerschaften zu verbinden, andersartige Kommunikationsformen zu etablieren und die Menschen in das öffentliche Leben stärker mit einzubeziehen. Wenn die transnationale Gesellschaft zum Leitbild gesellschaftlichen Lebens im 21. Jahrhundert wird, stellt sich bei einer gespreizten Aufgabenteilung die Frage nach der Legitimation politischen Handelns. Denn die Kompetenzverlagerung von demokratisch legitimierten auf nicht gleichermassen zu politischem Handeln berechnete Institutionen und Akteure erzeugt ein Legitimationsdefizit, das den Status quo der Gewaltenteilung in demokratisch verfassten Gesellschaften erodiert.

Von zentraler Bedeutung wird somit die Legitimität des zukünftigen Entscheidungssystems. Im Kern stellt sich die Frage, wer jenseits der Nationalstaaten, aber für diese verbindlich, welche Normen festsetzt und wer dazu in welcher Form legitimiert ist. Legitimation speist sich aus der Transparenz des Entscheidungsprozesses, der Effizienz von konkreten Maßnahmen und der demokratisch organisierten Partizipation der Bürger. Transparenz, Effizienz und Partizipation markieren die Eckpunkte legitimen politischen Handelns. Asymmetrie, Beschleunigung und Komplexität der gesellschaftlichen Vernetzungen begründen in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit eines neuen politischen Konzepts, dass neue Kooperationsformen, Arbeitsteilungen und Integrationsmechanismen etabliert.



Globalität und Mehrebenenpolitik

Regelungsebenen für gesellschaftliches Leben werden sich stärker differenzieren und ineinandergreifen müssen. Die Legitimität der von diesen verschiedenen Ebenen – Kommunalverwaltungen, nationalen Administrationen, internationalen Behörden – erarbeiteten Regelungen erfordert eine klare Kompetenzabgrenzung, eine effiziente Arbeitsteilung und transparente Entscheidungsverfahren. Die Notwendigkeit der Vernetzung in einem Mehrebenensystem lässt sich mit einem neuen Begriff, der „glokale Kooperation“, beschreiben, eine Zusammenarbeit, die lokale Bedürfnisse und Fähigkeiten mit regionalen oder globalen Erfordernissen in Übereinstimmung bringt. So formuliert etwa die Agenda 21 aufgrund der bestehenden globalen Umweltprobleme Ziele und Strategien, deren Umsetzung auf lokaler Ebene erfolgen soll. Ein Beispiel hierfür sind die Pläne für integrierte Ansätze zur Entwicklung, Bewirtschaftung und Nutzung der Wasserressourcen. Die im Rahmen der UN entwickelten und von den Nationalstaaten gebilligten Pläne formulieren in detaillierter Weise Probleme, Ziele und adressierte Maßnahmen für lokale Lösungen. Damit werden spezifische Aufgaben an unterschiedliche Entscheidungsebenen und Akteure delegiert. Die nationalen Regierungen werden zum Beispiel aufgefordert, Aktionspläne und Investitionsprogramme für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen zu entwickeln und umzusetzen.

So sehr die Agenda 21 ein erstes Beispiel für glokale Kooperation abgeben mag, so sehr mangelt es ihr an konkreter Durchsetzungskraft. Insofern ist sie nur bedingt ein Beispiel für eine funktionierende Global Governance. Ihre Umsetzungsdefizite sind dabei symptomatisch für bestehende internationale Regime, die durch das Fehlen wirksamer Sanktionen und den Mangel an Konfliktregeln gekennzeichnet sind. Zusätzlich entstehen Reibungsverluste und Kompetenzstreitigkeiten im Prozess der Entscheidungsfindung und -umsetzung. Das zentrale Dilemma glokaler Kooperation zeigt sich jedoch darin, dass die Notwendigkeit, Probleme gemeinsam anzugehen, auf drastische Unterschiede in den Kapazitäten regionaler und lokaler Akteure trifft. Dies kann zu Überforderungen einzelner Länder bei der Umsetzung von Massnahmen führen. Hinzu kommen Machtungleichgewichte der Akteure, die zu emotionalen Abwehrreflexen lokaler oder regionaler Zentren führen können.

Für eine erfolgreiche glokale Kooperation, in der Konflikte rasch und legitim kanalisiert und alle Akteure in einen nicht diskriminierenden und gleichberechtigten Dialog eingebunden werden, ist eine Verbesserung des institutionellen Umfelds notwendig, welches das Spannungsfeld zwischen Handlungsfähigkeit und Gerechtigkeit ausbalanciert. Zusätzlich müssen internationalen Organisationen Kompetenzen und Aufgaben klar zugeordnet werden. Es kann hierbei nicht das Ziel sein, eine ausufernde Weltbürokratie nach bekannten Mustern zu organisieren. Global Governance muss sich auf die Sicherung des Friedens, die Gewährleistung der Menschenrechte, eine nachhaltige Bewirtschaftung globaler öffentlicher Güter, eine gemeinsame Wettbewerbsordnung und die Nichtdiskriminierung beschränken. Angesichts der Vielfalt der Kulturen, politischen Systeme und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen macht diese Beschränkung Sinn, obwohl es schwierig genug, aber unausweichlich wird, einen Querschnitt gemeinsamer und verbindlicher Regeln zu formulieren.

|| „Glokale Kooperation“ verbindet
lokale Umstände mit globalen
Handlungsnotwendigkeiten... ||



Wolfgang Reinicke (r.) erläutert die Funktion politischer Netzwerke

|| ...ist aber in ihrer
bisherigen Form
unzureichend organisiert ||

Vernetzung zwingt zur positiven Integration



Kurioses am Rande des Forums in Southampton

Glokale Politik muss den Asymmetrien gesellschaftlicher Verhältnisse Rechnung tragen. Im Spannungsfeld von Wettbewerb und Kooperation sind von Fall zu Fall Entscheidungen zu treffen, wo dem ungehinderten Wettbewerb Vorzug zu geben ist und wo nicht, um unerwünschte sozio-ökonomische Auswirkungen zu vermeiden. Vielleicht ist die Zeit nun reif für eine internationale Politik, die autonomieschonendere Regeln des globalen Miteinanders ermöglicht, auch ohne in Isolationismus und Protektionismus zurückzufallen. Die große Mehrheit der Staatengemeinschaft ist sich den Vorteilen einer offenen Wirtschaft durchaus bewusst. Die rücksichtslose Umsetzung der Ziele eines ungehinderten Freihandels hat in einigen Ländern aber zu sozialen Verwerfungen geführt und damit die Akzeptanz des internationalen Regimes geschwächt. Einzelne Rücksichtnahmen auf Entwicklungsunterschiede und soziale Präferenzen können der Akzeptanz internationaler Regime und damit ihrer Legitimität dienen.

Positive Integration

Vernetzungen führen zu einer gesteigerten Aufgeschlossenheit für Konzepte einer weitergehenden Integration. Das bisherige Konzert internationaler Organisationen und Regime ist durch Konzepte negativer Integration geprägt, die bisher weitestgehend auf eine Öffnung der Nationalökonomien zielten. Beispiele hierfür sind das Handelsregime der WTO und die vom Internationalen Währungsfonds betriebene Öffnung der Kapitalmärkte. Der Begriff der negativen Integration beschreibt die Verringerung von Reibungsflächen im internationalen Miteinander, die aus Unterschieden bei nationalen Regelungen oder protektionistischen Handelshemmnissen resultieren. Ansätze positiver Integration, also die aktive Gestaltung gemeinsamer Herausforderungen, verblieben bisher meist auf einer deklaratorischen Ebene und hatten eine geringe Verbindlichkeit und Wirkung. Beispiele hierfür sind die unzähligen Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) oder die Umweltabkommen unter dem Dach der UNO.

In den 90er Jahren hat sich jedoch zunehmend die Einsicht durchgesetzt, dass angesichts entgrenzter Problemzusammenhänge internationale Politik in verstärktem Maße gestalterische Perspektiven benötigt. Damit deuten sich Schritte hin zu einem Paradigmenwechsel globaler Kooperation an. In diesem Zeitraum hat die Dichte internationaler Konferenzen und Abkommen erheblich zugenommen. Das Kyoto-Protokoll zur Verringerung der weltweiten CO₂-Emissionen von 1997 und das Biosafety-Protokoll zur Regelung des grenzüberschreitenden Verkehrs von gentechnisch veränderten Organismen 2000 sind prominente Beispiele für diese Entwicklung, die aber auch die Defizite einer Global Governance verdeutlichen, welche auf zwischenstaatlichem Völkerrecht beruht. Das Biosafety-Protokoll, zum Beispiel, legt Mindestregeln für den grenzüberschreitenden Handel mit gentechnologisch veränderten Organismen fest, skizziert Hilfsmassnahmen für Entwicklungsländer für den Aufbau eines Regulierungsapparates dieser Technologie, entwickelt aber keine eindeutigen Sanktionsmechanismen. Dies macht deutlich, dass zwischenstaatliches Völkerrecht im Hinblick auf die essenziellen Zukunftsaufgaben um globales Gemeinschaftsrecht ergänzt werden muß.



Am Rande: Michael Zürn im Interview

Souveränitätsverzicht

Die Aufweichung nationalstaatlicher Souveränität wird schon heute deutlich. Dies wurde nicht zuletzt durch den Kosovo-Einsatz der NATO oder den Arrest des chilenischen Ex-Diktators Pinochet in Großbritannien bewusst. Während im ersten Fall das Prinzip der Nichteinmischung aus übergeordneten Gründen außer Kraft gesetzt wurde, ignorierte im zweiten Fall die britische Gerichtsbarkeit die Immunität eines Amtsträgers aus einem anderen Land. Künftig werden auch andere politische Mandatsträger und Staatsoberhäupter strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, wenn sie, wie der mit internationalem Haftbefehl verfolgte ehemalige jugoslawische Ministerpräsident Milosevicz, schwere Menschenrechtsverletzungen zu verantworten haben.

Diese Entwicklung und die Perspektive der Schaffung eines globalen Rechtsrahmens berührt das klassische Verständnis nationaler Souveränität, das seit dem 17. Jahrhundert in Europa auf den Merkmalen territorialer Integrität und nationaler Selbstbestimmung ruht. Angesichts globaler Interdependenz stößt diese Konzeption an Grenzen. Auch wenn der Nationalstaat als wichtiger Bezugspunkt des Politischen bestehen bleiben wird, entstehen Grenzen staatlicher Autonomie, wenn globale öffentliche Güter betroffen sind.

Die Problematik des Souveränitätsbegriffs zeigt sich exemplarisch in der Umweltpolitik: Das gegenwärtige Verständnis staatlicher Souveränität entwickelt eine verhängnisvolle Dynamik. Die Zerstörung von Ökosystemen, der übermäßige Verbrauch von Ressourcen und die Verursachung von ökologischen Risiken wird politisch und rechtlich als innere Angelegenheit von Nationen behandelt, obwohl hiervon die Zukunftschancen der gesamten Menschheit beeinträchtigt werden. Das legitime Recht auf nationale Selbstbestimmung muss abgewogen und in Einklang gebracht werden mit dem Recht aller auf eine lebenswerte Umwelt. Für eine Umkehr dieses Trends muss sich der Grundsatz durchsetzen, dass es sich bei der Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen um eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse handelt und staatliche Autonomie ihre Grenzen hat. Er darf nicht nur rhetorische Grundlage für die Politik sein, wie dies seit dem ersten Umwelt Gipfel 1992 in Rio der Fall ist. Es muss nun auch die Entwicklung entsprechender rechtlicher Sanktions- und Konfliktregulierungsmechanismen folgen, die unter bestimmten klar zu definierenden Voraussetzungen Staaten in die Verantwortung nehmen. Um in einer global integrierten Wirtschaft Nachteile für ökologisch nachhaltige Produktionsformen zu verringern, sind - analog der staatlichen Gesetzgebung - verbindliche und erzwingbare Umweltschutzauflagen für alle Wettbewerbsteilnehmer erforderlich. Die Politik kann darüber hinaus für eine weitestmögliche Verankerung des Verursacherprinzips auf nationaler und internationaler Ebene sorgen und durch fiskalische Anreize die Entwicklung ökologisch nachhaltiger Produktionsformen unterstützen.

|| Verzicht auf territoriale Integrität
und nationale
Selbstbestimmung ||



|| Ansätze der „Weltinnenpolitik“
durch Reform internationaler
Institutionen stärken ||

|| Demokratische
Entscheidungsprozesse und
Transparenz legitimieren
internationales Handeln ||

Reform internationaler Institutionen

Eine Weltregierung wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Sie ist weder nötig noch erstrebenswert. Es wird jedoch immer notwendiger, die bestehenden Ansätze einer „Weltinnenpolitik“ zu stärken und in Übereinstimmung zu bringen. Hierzu gehört, die häufig unvermittelt nebeneinander operierenden Teile der internationalen Entscheidungssysteme zu koordinieren, also unterschiedliche Systemlogiken zu erkennen und sinnvoll zu vernetzen. Im Gegensatz zum Biosafety-Protokoll, das aus einem Umweltabkommen heraus entstand, steht zum Beispiel die WTO unter dem Paradigma des Freihandels. Während die WTO maßgeblich von den Ländern der OECD, vor allem den USA, dominiert wird und das WTO-Sanktionssystem eigentlich nur den „Großen“ entsprechende Sanktionsmittel an die Hand gibt, sehen die meisten Entwicklungsländer in den UN-Organisationen ein geeigneteres Forum für die Wahrung und den Schutz ihrer Interessen.

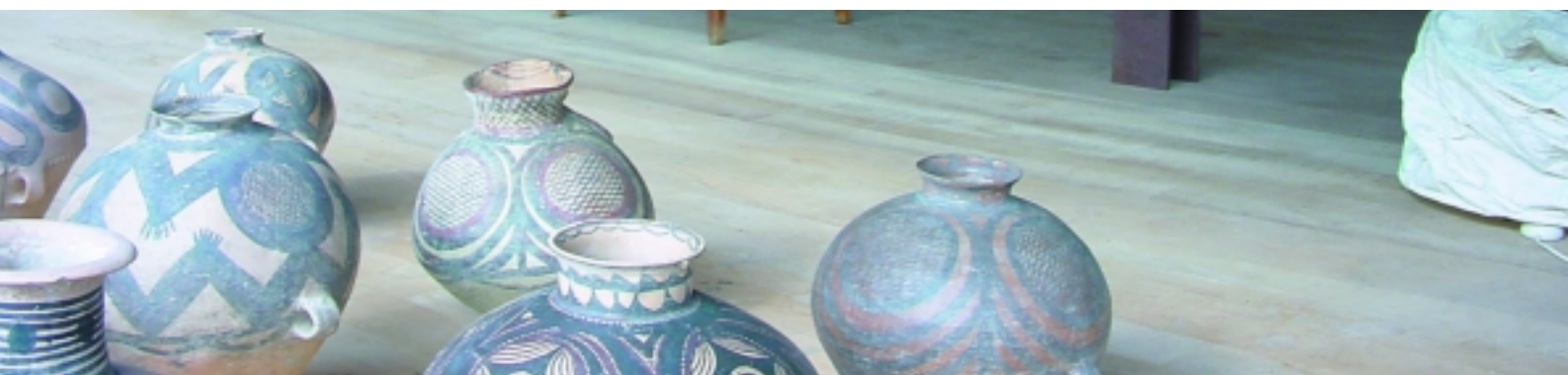
Zudem werden sich die internationalen Institutionen der Öffentlichkeit öffnen, ihre Verfahren transparenter und demokratischer gestalten und aus ihrer Anonymität heraustreten müssen. Trotz der demokratischen Architektur der WTO werden die Entscheidungen der Organisation in Wirklichkeit von einigen wenigen Industrieländern dominiert (Green-room-technique). Darüber hinaus ist an eine Beteiligung seriöser nichtstaatlicher Organisationen im Findungsprozess globaler Regeln zu denken, auch wenn kritische Stimmen der Entwicklungsländer eine Demokratisierung der Verfahren zunächst auf sich bezogen wissen wollen. Verbraucherverbände oder Umweltschutzbewegungen nehmen an Zahl ständig zu, haben in der öffentlichen Diskussion eine immer wichtigere Rolle und genießen vielerorts mehr Vertrauen als staatliche Verhandlungsdelegationen. Als Beispiel für eine solche Kooperation steht die Initiative des deutschen Auswärtigen Amtes, das seit 1998 nichtstaatliche Organisationen in seine Überlegungen zu globalen Fragen zunehmend involviert. Solche Kooperationen können auch auf internationaler Ebene im Vorfeld Konflikte moderieren, die ansonsten zum Scheitern von Bemühungen führen könnten, wie das Desaster der WTO-Verhandlungen in Seattle aufgezeigt hat.

Angesichts der beschleunigten Veränderung globaler Verhältnisse muss die Konstruktion des globalen Miteinanders auch die Notwendigkeit der eigenen Anpassung antizipieren. Notwendig sind also Institutionen, die nicht durch die Bewältigung von zurückliegenden Problemen und Konflikten blockiert werden, um vorausschauendes Handeln zu ermöglichen. Hierzu gehören zeitlich befristete Regelungen, die ständige Aktualisierung von Zielen und die Evaluation ergriffener Maßnahmen. Wenn Veränderungen beschleunigt Eingang in gesellschaftliche Realität finden sollen, werden die Institutionen Mechanismen wählen müssen, die ihre eigene Wandelbarkeit ermöglichen.

Technologische Innovationen nutzen

Doch nicht nur die zunehmende Vernetzung der Gesellschaften erfordert neue Konzeptionen der Politik. Auch die neuen Technologien verändern die Bedingungen des politischen Handelns. Vernetzung und neue Technologien stehen in einem engen Wechselbezug und können nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Während zum Beispiel die Digitalisierung der Informationstechnologie Motor der Globalisierung war und ist, treibt die Globalisierung die weitere Entwicklung der Informationstechnologie durch den Wettbewerb bei technologischen Innovationen an. Die Auswirkungen der Vernetzung, Interdependenz und Störanfälligkeiten, Grenzen politischer Steuerung und neue Konstellationen der Macht, sind auch mit dem Einsatz und den Wirkungen neuer Technologien aufs engste verbunden. Sie stellen in diesem Zusammenhang neue Herausforderungen für politisches Handeln dar, bieten jedoch gleichzeitig Lösungen für daraus resultierende Probleme an. Bewusst und konsequent genutzt, können sie durch ihre effiziente Anwendung zur Legitimität der Politik beitragen.

|| Neben Vernetzung verändern
technologische Entwicklungen
die Bedingungen
politischen Handelns ||



III. Technologische Innovation als Ressource politischen Handelns

|| Technologien erodieren
Handlungsspielräume,
eröffnen aber auch
neue Ressourcen der Politik ||

Während die Debatten den technologischen Wandel bisher zwischen Franken-Food und Lösung des Welternährungsproblems, zwischen gläsernem Menschen und grenzenloser Selbstverwirklichung polarisieren, stellt sich nüchtern betrachtet heute die Frage, wo sie einerseits Handlungsspielräume erodieren und welchen Beitrag technologische Innovationen andererseits als neue Ressource politischen Handelns leisten können.

Die Diskussion über Politik und technischen Fortschritt oszilliert allzu oft zwischen dem Anspruch, Politik solle dafür sorgen, das nicht ist, was nicht sein darf oder, im anderen Extrem, Politik solle die technologische Entwicklung gewissermaßen als Naturgewalt akzeptieren und sich entsprechend anpassen. Politik aber ist ein Akt aktiven Handelns, das Einfluss auf technologische Entwicklung nehmen und sich dieser Ressourcen konstruktiv bedienen kann. Dafür ist es notwendig, ihre Risiken für gesellschaftliche Stabilität zu minimieren und dort, wo sie gesellschaftliche Entwicklungspfade eröffnen, ihnen den Weg zu bereiten.

Erosion politischer Handlungsspielräume

Technologische Innovationen vermindern politische Handlungsmöglichkeiten und konfrontieren die konventionellen politischen Akteure mit schwindender Macht. Dies lässt sich durch den Verlust staatlicher Entscheidungs-, Anwendungs- und Verteilungsmonopole illustrieren.

Verlust industriepolitischer und militärtechnischer Macht

In der Industriegesellschaft oblag die Innovation und Verfügungsgewalt neuer Technologien weitestgehend staatlichen Stellen. Ein Beispiel dafür ist in Europa die Entwicklung der Kernenergie gewesen, die seit Anfang der 50er Jahre im Rahmen des europäischen Vertragswerkes von EURATOM von staatlichen Bürokratien gesteuert worden ist. Solche Technologien erforderten enorme materielle Ressourcen, über die nur staatliche Stellen oder weitverzweigte Bürokratien verfügten. Die Massenvernichtungswaffen des 20. Jahrhunderts wurden unter Führung des Militärs und der nationalen Regierungen entwickelt. Für ihre Herstellung waren große Mengen von Rohstoffen und entsprechende Anlagen notwendig. Heute entstehen Gefahrenpotenziale neuer Technologien aus den Labors privater Unternehmen. Neue Technologien haben einen stärkeren kommerziellen Charakter und benötigen weniger Rohstoffe. Das macht ihre Kontrolle wesentlich schwieriger. In dem Anwendungsbereich neuer Technologien schlummert das Potenzial ihres destruktiven Gebrauchs, der durch neue biologische Waffen und die Möglichkeit des Cyber-War in das Bewusstsein von politisch verantwortlichen Akteuren tritt. Das Vernichtungspotenzial von morgen fordert deshalb bereits heute staatliches Handeln heraus, um neuartigen Formen politischer Erpressung oder physischer Vernichtung erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Schwindende administrative Kontrolle technologischen Fortschritts

Der Verlust von Entscheidungs- und Anwendungsmonopolen neuer Technologien hat zum Bedeutungsverlust konventioneller politischer Akteure geführt. Eine administrative Beeinflussung der Richtung des technologischen Fortschritts ist in entgrenzten Marktwirtschaften kaum mehr möglich. Verbietau zum Beispiel ein nationales Parlament die Anwendung der Prä-Implantations-Diagnostik, die umstrittene Zeugung und vorwegnehmende genetische Analyse von Embryonen im Reagenzglas, findet sich ein anderer Ort, an dem diese Dienstleistung angebo-



Moiru Gunn und Lord Weidenfeld (r.)

Val Giddens (l.) bei einem Statement zur Ernährungslage der Welt





ten wird und nicht verboten ist. Das Internet sorgt dafür, dass sich Angebot und Nachfrage finden. Der Gesetzgeber hat es zunehmend schwer, die Einhaltung von Normen durchzusetzen. Während hier zur Normverletzung noch die physische Grenzüberschreitung die Voraussetzung ist, entfällt dieser Schritt durch die Entstehung rein virtueller Welten. Kinderpornographie oder extremistische politische Agitationen erreichen den Konsumenten direkt.

Verringerung fiskalischer Autonomie

Darüber hinaus hat die asymmetrische Globalisierung bzw. die unterschiedliche Mobilität der Produktionsfaktoren dazu beigetragen, dass sich der Faktor Kapital zunehmend der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben entziehen konnte und andere Produktionsfaktoren, insbesondere Arbeit, in immer stärkerem Maße durch Steuern und Sozialabgaben belastet wurden. Diese Dynamik führt zur Verringerung fiskalischer Autonomie – politische Handlungsspielräume schwinden und attackieren Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft. So entsteht die Gefahr gesellschaftlicher Entsolidarisierung. Wie in einer sich schneller drehenden Spirale kann der Wettbewerb um Arbeit und Wohlstand Gesellschaften polarisieren: Arbeitsplatzbesitzer gegen Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger gegen solche ohne Anspruch, Reiche gegen Arme. Damit gewinnen Probleme der sozialen Ruhe und inneren Sicherheit an Gewicht, doch staatliche Lösungen sind angesichts strapazierter Budgets immer schwieriger zu bezahlen.

Neue Technologien verändern die politische Architektur somit grundlegend. Sie führen dazu, dass politische Handlungsspielräume verschwinden, während sie aber auch an anderer Stelle bemerkenswerte Ressourcen schaffen. Wo das problemlösende Potenzial neuer Technologien nicht reicht oder Gefahren aus ihrer Anwendung erwachsen, müssen neue Instrumente aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Recht greifen. Ob dies am besten durch freiwillige, von der Industrie entwickelte Regeln wie das Öko-Audit, neue gesetzliche Bestimmungen oder eine Mobilisierung der Öffentlichkeit erreicht werden kann, wird von Fall zu Fall zu entscheiden sein.

Neue Ressourcen politischen Handelns

Technologische Innovationen werden dann zu Ressourcen politischen Handelns, wenn sie politischen Akteuren neue Instrumente der politischen Willensbildung in die Hand geben, wenn sie helfen, das Handeln von staatlichen oder gesellschaftlichen Bürokratien zu optimieren oder wenn sie zur gesellschaftlichen Problemlösung beitragen können. Die Informationstechnologien tragen hierzu auf vielfältige Weise bei und auch die Bio- und Gentechnologie ermöglicht innovatives politisches Gestalten.

Demokratisierung der Information

Die Digitalisierung der Information erlaubt es Hunderten von Millionen Menschen auf der ganzen Welt in einem bislang noch nie erlebten Maße miteinander zu kommunizieren und Wissen, Nachrichten, Bilder, Musik und – vor allem – Meinungen auszutauschen. Diese neue, durch das Internet, den Computer und das Mobiltelefon begründete Informationsplattform verändert auch das Maß, die Form und die Intensität politischer Kommunikation. Verbesserte Artikulationsmöglichkeiten bedeuten im Ergebnis veränderte oder neuartige Aktionsmöglichkeiten von solchen politischen Akteuren, die bisher eine untergeordnete Rolle gespielt

Internet attackiert
nationale Regulierung



Der Leiter des Planungsstabs im deutschen Bundeskanzleramt: Wolfgang Nowak

Innovatives Potenzial neuer
Technologien bietet sich als
bemerkenswerte politische
Ressource an



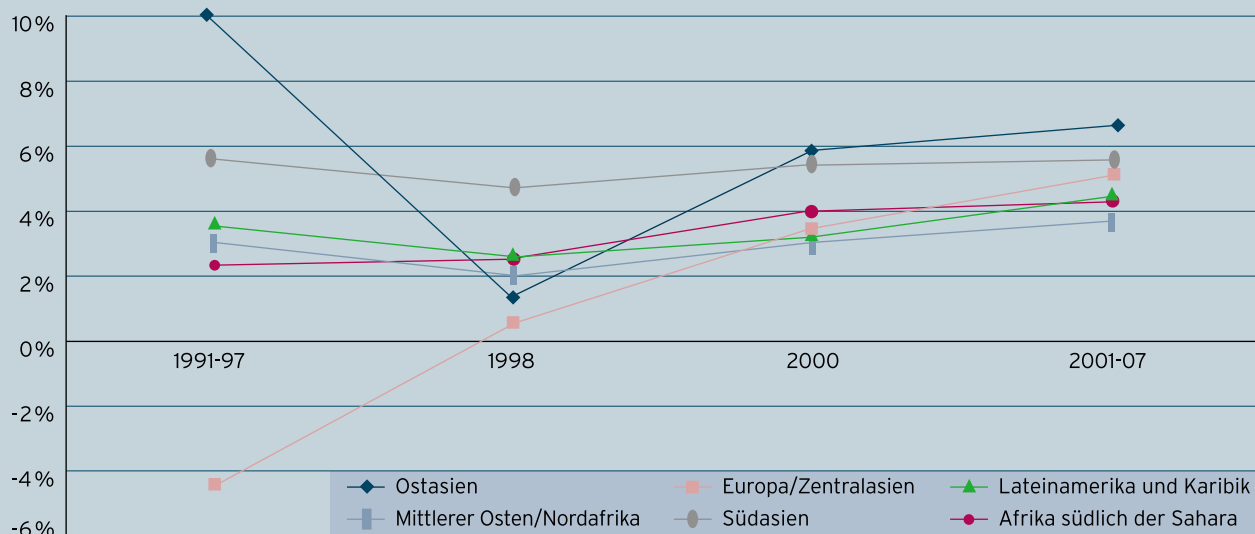
Angela Kane von den Vereinten Nationen (UNO)

haben, nun aber die immer preisgünstigeren und benutzerfreundlicheren Kommunikationstechnologien nutzen können, um sich politisch zu organisieren. In besonderer Weise sind hier die NGO's betroffen. Der über das Internet organisierte Protest gegen die WTO-Sitzung in Seattle hat gezeigt, wie dieses Medium in effizienter Weise zur politischen Aktion genutzt werden kann: Inhalte des Widerstands konnten schnell formuliert und verteilt, Orte des Protests festgelegt, Aktionsformen gemeinsam abgesprochen und spezielle Adressaten des Widerspruchs ausgewählt werden. Auch wenn man die Proteste nicht teilen mag, bedeuten die Informationstechnologien nicht nur eine neue Konstellation von Macht, sondern auch die Demokratisierung der Information.

Stärkung des Rückgrats regionaler Wirtschaft

Die nationalen Volkswirtschaften verändern stetig ihr Gesicht. Information und Wissen entwickeln sich zu einem gewichtigen Produktionsfaktor. Um wettbewerbsfähig bleiben zu können, sind ständige Innovationen in Wissenschaft, Forschung, Bildung, Produktion, Dienstleistungen oder Management ein wichtiges Element. Besonders kleinen und mittleren Unternehmen kommt im Prozess der nationalen und lokalen Wertschöpfung eine besondere Rolle zu, da diese Unternehmen in vielen Regionen der Welt den Großteil des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften und einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze leisten. Globalisierung und der allgemeine Zugang zu neuen Technologien haben das Innovations- und Investitionsverhalten der Unternehmen verändert. Unabhängig von staatlichen Bürgschaften oder zurückhaltenden Investitionsbanken wird es in Zukunft für sie leichter sein, Kapital für neue Unternehmungen zu akquirieren. Als Wurzel für die Prosperität und Wettbewerbsfähigkeit einer Region ist dies eine veränderte Grundlage für wettbewerbs-, industrie- und forschungspolitische Instrumente. Früher wurden die nationalen und internationalen Kredit- und Versicherungsmärkte von großen Banken, Versicherungen und Investmenthäusern kontrolliert. Oft zogen es diese Institutionen vor, Kredite nur an Unternehmen mit solidem Finanzgebahren und nachweislich hoher Bonität zu vergeben. Insofern ging es im Bankbereich oft wenig demokratisch und objektiv zu. Die Banken legten den Begriff „kreditwürdig“ sehr eng aus, und für junge Unternehmen hing die Frage, ob sie Zugang zu Krediten erhielten, oftmals von Beziehungen und guten Kontakten ab. Kreditvergaben waren durch mangelnde Information oft geographisch auf nationale oder regionale Räume eng beschränkt. Globalisierung und Informationstechnologien haben weltweit auf Kosten der Monopolstellungen der Banken zu einer Pluralisierung der Finanzwelt geführt. Kapital konnte durch die Entstehung eines Commercial-Paper-Markets und neuartiger Finanzierungsinstrumente leichter generiert werden und im Verlauf der

Regionales Wirtschaftswachstum

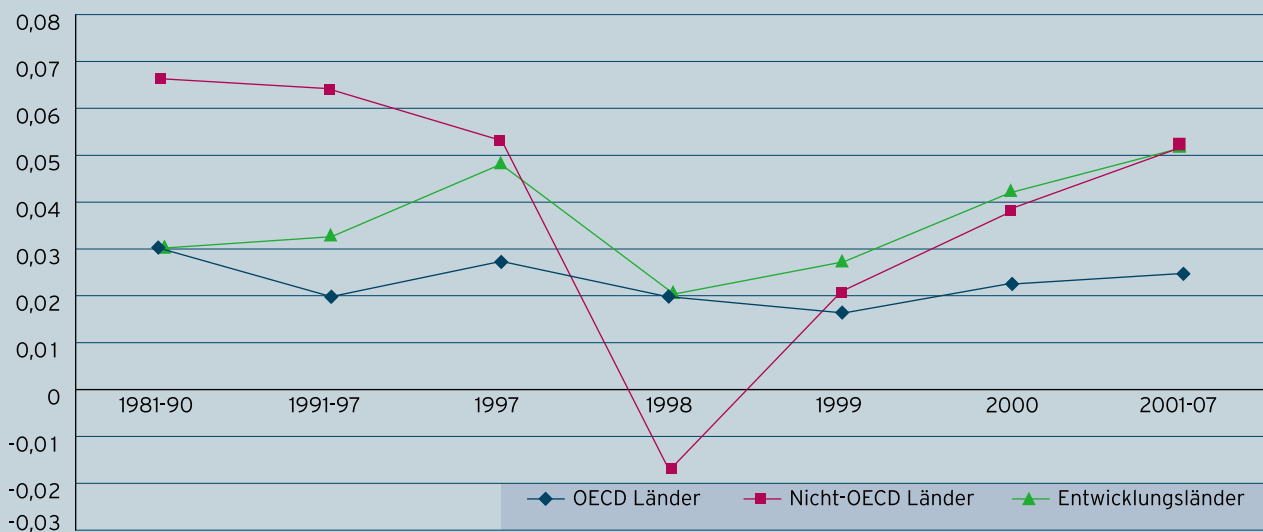


World Bank

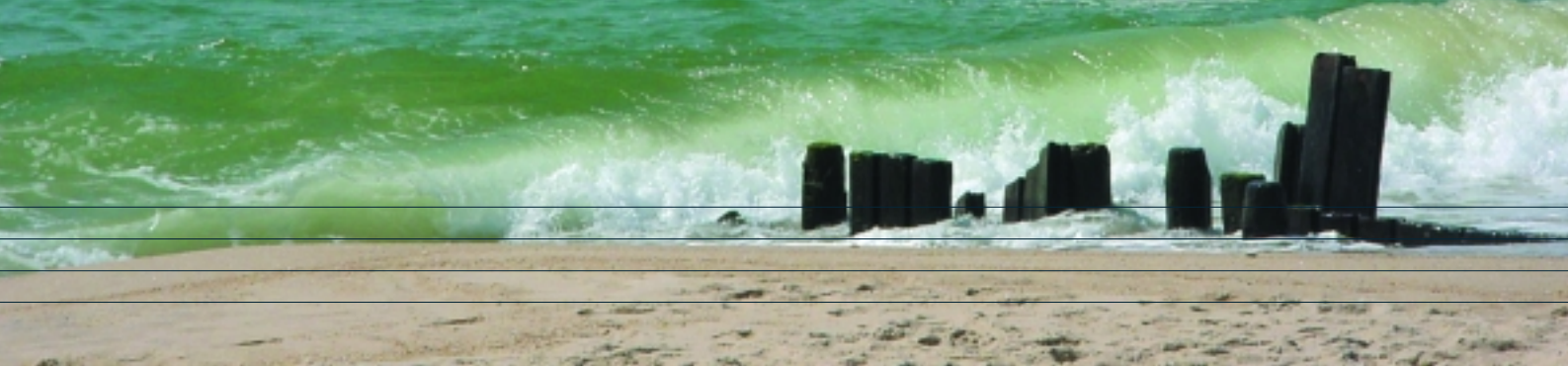
letzten 20 Jahre kam es zu einer Vervielfachung von kapitalbildenden Quellen, deren Ausschöpfung verkrustete oder willkürliche Verfahren von Kreditvergaben durchbrachen. Auch hier bietet das Internet einen immer leichteren Zugang zu Investment- und Risikokapital an. Kapitalmärkte werden transparenter, durch elektronischen Wettbewerb attraktiver und durch das Internet global. Staaten haben ein starkes Interesse an einem wirtschaftlich vitalen Raum. Während multi-nationale Unternehmen mit ihren unabhängigen Standortentscheidungen auch eine Wahl treffen, wo sie Arbeitsplätze bilden und Steuern zahlen, sind kleine und mittlere Unternehmen oft geographisch gebunden. Sichern sie Arbeitsplätze und erwirtschaften sie Gewinn, entlasten sie den Sozialstaat und werden so zu einer wichtigen fiskalischen Quelle. Sind sie innovativ und wettbewerbsfähig, dient das den Interessen der Politik, denn ihr gesicherter Ertrag ist die Ressource ihres politischen Handelns.



Jährliches Wirtschaftswachstum (in % des BIP)



World Bank



|| Verwirklichung ökologisch nachhaltiger Verfahren

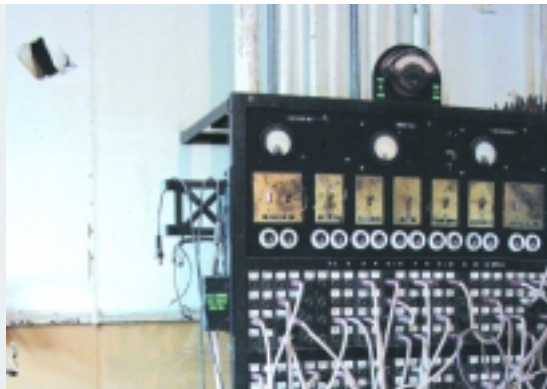
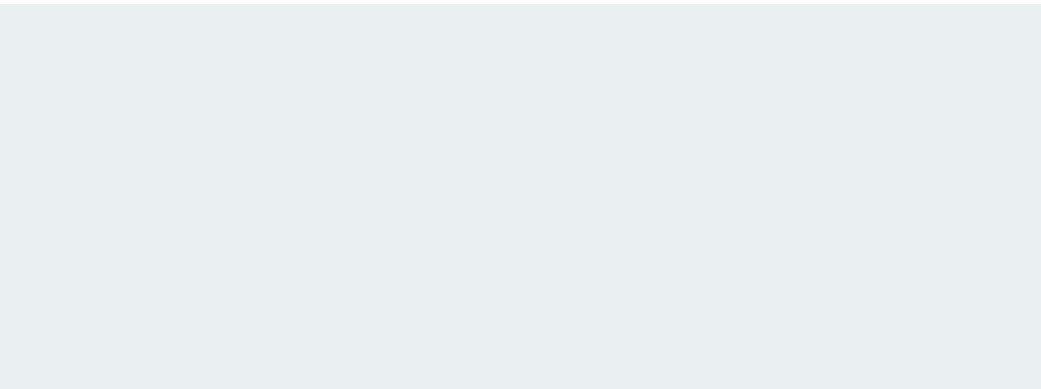
|| Einsatz von Technologien
gezielt fördern ||

Neue Technologien repräsentieren in vielerlei Hinsicht bemerkenswerte Ressourcen zur Verwirklichung nachhaltiger Entwicklungen. Eine dezentral vernetzte Informationsgesellschaft kann Transportkosten senken und Verkehrsströme reduzieren. Die Optimierung elektronischer Steuerungen in der Produktion drosselt den Energieeinsatz und den Schadstoffausstoß industrieller Fertigung. Digitalisierung wird so zu einem ökonomischen Standbein ökologischer Nachhaltigkeit. Diese Perspektive ist Lichtblick und Signal für operative Politik, denn so kann sie die Potenziale neuer Technologien gezielt für die Lösung von Problemen nutzen. Steuererleichterungen, Forschungsförderung, Standards und Normen sind wichtige direkte Steuerungsinstrumente der Politik, die sich zudem technologie- und mittelstandsfreundlicher zeigen kann. Gezielt auf die Förderung regenerativer Energien, schadstoffreduzierender Technologien, ertragssteigernder Saaten, gesundheitsfördernder Medikamente oder verkehrsleitender Systeme angewandt, schaffen sie Anreize zu ihrer Entwicklung. Dies ist nicht nur gesellschaftlich geboten, sondern ökonomisch vernünftig, weil die Paradigmen der industrialisierten Welt in Zukunft ihren Sinn verlieren.

Denn durch die Perspektive wachsender Bevölkerung und wirtschaftlichen Wachstums entsteht weltweit ein Migrations-Umwelt-Dilemma, das politisch schon heute Reaktionen erzwingt. Es ist zu befürchten, dass die armen Massen unterentwickelter Regionen getrieben von Hunger und Elend sich aufmachen in die Wohlstandsbastionen der Welt. Gelingt es den Schwellenländern und auch den Drittweltstaaten jedoch, einen bescheidenen Wohlstand aufzubauen und Massenmigration zu vermeiden, droht die Biosphäre zu kollabieren.

Verantwortlich für diese Perspektiven sind die Wachstumsphilosophien der industrialisierten Welt. Sie haben dazu geführt, dass dort wirtschaftliches Wachstum zum alleinigen Ziel erklärt worden ist, ohne die Umwelt als Produktionsfaktor einzubeziehen. Die unterentwickelten Länder der Erde sind dieser Überzeugung gefolgt und haben Automobile und andere Errungenschaften der westlichen Welt in ihren Wunschkatalog aufgenommen. Die „Grüne Revolution“, die Bereitstellung von pflanzlichen Hochleistungssorten und die Nutzung von Süßwasserressourcen im Rahmen gigantischer Stauprojekte haben ein grenzenloses Wachstum auch in Entwicklungsländern vorgegaukelt.

Neue Technologien eröffnen den Handlungsspielraum, das Wachstumsstreben und die Ansprüche vieler Gesellschaften auf einen hohen Lebensstandard nachhaltig zu befördern, ohne hierdurch einen Kollaps der Umwelt herbeizuführen. Im Bereich der Automobilproduktion symbolisiert etwa die Brennstoffzelle in herausragender Weise die Möglichkeit nachhaltig gestalteter Mobilität. Moderne Biotechnologie kann dazu beitragen, den Ertrag bestellter Flächen deutlich zu steigern und die Notwendigkeit von weitflächigen Waldrodungen und dadurch die Zerstörung von Biotopen zu verhindern. Die gentechnologische Entwicklung von Mikroben, welche kontaminierte Flächen entgiften, kann dazu führen, den Menschen nicht noch weiter von der Natur zu entfernen, sondern führt dazu, Fortschrittsdefekte der Vergangenheit durch den Einsatz natürlicher Ressourcen zu beheben.



Fund am Tagungsort: Überkommene Technologie der Telekommunikation

Erziehung und Bildung: Schlüssel für eine nachhaltige Welt

Der alleinige Einsatz neuer Technologien wird jedoch als politische Ressource nicht reichen. Technologische Innovationen alleine schaffen keine gesellschaftliche Stabilität. Es wird auch darauf ankommen, politische Rahmenbedingungen zu erzeugen, um einen Struktur- und Bewusstseinswandel zu erzielen. Die Zielsetzung nachhaltiger Entwicklungen verlangt weltweit die Umsetzung in soziales Lernen. Auch Bildung und Erziehung werden zum Schlüsselfaktor für eine nachhaltig organisierte Welt.

Potenzial technologischer
Lösungen muss durch soziales Lernen
flankiert werden

IV. Kosten ausbleibender Kooperation: Zwang zur Global Governance

|| Großer Zeitdruck für
nachhaltiges Zukunftshandeln ||

Mehrebenenpolitik, positive Integration, Souveränitätsverzicht und die Reform internationaler Institutionen bilden das Konzert globaler Governance. Merkmal einer über den nationalen Tellerrand hinausschauenden Perspektive ist eine neue Sensibilität für die Wechselwirkungen und Belastungsgrenzen des Weltsystems. Nationales Interesse und Nationalökonomie prägen aber immer noch das Denken und Handeln einer Vielzahl der politischen Entscheidungsträger – den tatsächlichen Anforderungen wird dies jedoch immer weniger gerecht. Im Gegenteil, gerade diese Sichtweise erzeugt zusätzliche Probleme. Denn nach wie vor bestimmen nationale Interessen den Ausgang von globaler Kooperation.

Gleichzeitig steigt der Problem- und Zeitdruck für internationale Zusammenarbeit an und es stellt sich die Frage nach den Kosten ausbleibender Kooperation. Diese sind nicht nur mit Geld zu messen und in konkreten Preisen auszudrücken. Es ist zu fragen, inwieweit fehlende Kooperation die Entwicklungschancen der kommenden Generationen mindert, Unfrieden und Gewalt innerhalb und zwischen Gesellschaften fördert oder natürliche Ressourcen unwiederbringlich vernichtet. Grenzüberschreitende Armuts- und Wirtschaftsflucht, ethnisch-nationale Gewalt oder der Angriff auf den Genpool der Welt symbolisieren solche Kosten in anschaulicher Weise.

Es liegt in der Natur der Sachverhalte, dass Kosten erst dann sichtbar werden, wenn konkrete Schäden aufgetreten sind. Aber dennoch gibt es Ansätze, mit denen bereits heute absehbare Fehlentwicklungen auf globaler Ebene bewertet werden können. Anschaulich wird dies im Bereich der Klimaerwärmung und den damit einhergehenden Naturkatastrophen. So errechnete etwa das amerikanische World Watch Institute gemeinsam mit der deutschen Versicherungsgesellschaft Münchner Rück für 1998 einen volkswirtschaftlichen Schaden durch Hurrikans, Überflutungen und Taifune von 92 Milliarden US-Dollar. Hinzu kommen die Kosten die entstehen, wenn Menschen durch solche Ereignisse ihr Zuhause oder ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Berechnungen gingen davon aus, dass in diesem Zusammenhang 1998 ca. 300 Millionen Menschen vertrieben wurden.

Klimaschutz lässt sich nur durch globale Kooperation organisieren. Das klassische nationalökonomische Wirtschaftsmodell kennt keine natürlichen Schranken. Das Konzept des Wettbewerbs klammert die Biosphäre als Kostenfaktor aus. Das Wirtschaftssystem erzeugt kein individuelles oder kollektives Verhalten, dass die Schonung des natürlichen Lebensraums erzwingt. Analog der staatlichen Gesetzgebung muss die Staatengemeinschaft zu einer globalen Wettbewerbsordnung finden, die ökologische Nachhaltigkeit als globales öffentliches Gut definiert, und Sorge dafür trägt, dass sie für alle am Wettbewerb beteiligten Akteure Grundlage ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen wird. Um eine Überforderung wirtschaftlich weniger oder schwach entwickelter Länder zu vermeiden, sind Differenzierungen angebracht: Mindeststandards und Richtlinien statt einheitlicher Regelungen, situationsgerechte Übergangsfristen statt sofortiger allgemeiner Verpflichtungen, Unterstützung zur Kapazitätsbildung statt Überforderung durch unrealistische Auflagen.

Auch andere Bereiche zeigen den Zwang zur Global Governance auf. Für eine funktionierende Weltwirtschaft ist eine grundlegende Reform der internationalen Wirtschaftsorganisationen nötig, um Kosten ausbleibender Kooperation zu vermeiden. Die Bilanz der multilateralen Kooperation bietet hierbei ein zwiespältiges Bild, dass die starke Dominanz nationalstaatlicher Macht demonstriert. Ein Beispiel für eine erfolgreiche Kooperation hat die Gruppe der 7 (G7) im Jahr 1987

Der japanische Regierungsberater
Yoshihide Soeya (l.)





erbracht, als das internationale Finanzsystem zu kollabieren drohte. Die Absprachen der G7-Länder haben den Zusammenbruch verhindert, weil es in ihrem gemeinsamen Interesse lag. Demgegenüber zeigen viele andere Beispiele wie das gescheiterte multilaterale Management der Dollarkrise 1995 die Grenzen der Kooperation auf. Eine konzertierte Zinsaktion scheiterte am Widerstand der USA. Es lag nicht im Interesse der Vereinigten Staaten, durch eine Dollaraufwertung die Exportfähigkeit amerikanischer Produkte und Dienstleistungen zu mindern. In diesem Fall scheiterte multilaterale Kooperation am amerikanischen Widerstand, der sich aus den Prämissen der amerikanischen Handelspolitik und den Zwängen des Budgetdefizits gespeist hat. Die Verlierer waren die Bundesrepublik Deutschland und Japan, die mit unnatürlichen Wechselkursrelationen und einem starken Preiswettbewerb konfrontiert wurden.

Langfristig verursacht die übermäßige Betonung nationalstaatlicher Interessen und Prämissen Kosten für alle am Welthandel beteiligten Akteure. Als Ergebnis der Uruguay-Runde gingen die Liberalisierungen der Märkte zahlreicher Entwicklungsländer weit darüber hinaus, was die USA, Japan und die EU bereit waren zu tun. Insbesondere beim Freihandel mit Agrar- und Textilprodukten – den Märkten, in denen die Entwicklungsländer wettbewerbsfähig sind – wurden umfangreiche Schutzklauseln von diesen Staaten durchgesetzt. Damit wurden im Rahmen eines Negativsummenspiels Wachstums- und Wohlstandschancen verspielt und Konflikte zwischen den industrialisierten und weniger entwickelten Staaten provoziert. Das Regime der WTO und auch anderer Institutionen führt dazu, dass die Bereitschaft zur globalen Kooperation bei den benachteiligten Staaten ab- und der Stress zwischen den Verhandlungspartnern zunimmt. Dies fördert die Mentalität, sich auf die regionalen Wirtschaftsblöcke zurückzuziehen. Eine Welt, die sich zunehmend in Blöcke zersplittert, ist nicht gut für den Frieden und kann den politischen Konflikt schüren. In diesem Szenario drohen nationalistische und protektionistische Bestrebungen an Boden zu gewinnen. So wird auch militärische Gewalt zum Kostenfaktor nicht stattfindender Kooperation. Nichts drückt in anschaulichster Form die Kosten globaler Verweigerung aus und nichts macht den Zwang zur Global Governance deutlicher.

Ausgehend von den Asymmetrien gesellschaftlicher Entwicklung und globaler Komplexität besteht zur Schaffung eines politischen Raums für globale Wertentscheidungen und Kooperationsformen keine Alternative. Diese müssen auch in ein globales Gemeinschaftsrecht münden, dessen Verbindlichkeit von gemeinsamen Institutionen sichergestellt wird. Die Arena globaler Politik ist nicht nur ein Ort rein nationalstaatlichen Regierungshandelns, sondern muss auch andere gesellschaftliche Eliten integrieren, um die Legitimität politischer Entscheidungen zu verbessern. Die Bildung von problemnahen Netzwerken trägt dazu bei, die Effizienz der eingesetzten Ressourcen zu verbessern, die Transparenz von Maßnahmen zu erhöhen und die Partizipation der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen sicherzustellen. Die Schicksalsgemeinschaft einer zusammenrückenden Welt verbietet den Rückzug in die Isolation. Eine nachhaltige globale Zusammenarbeit braucht soviel Wettbewerb wie möglich und so viel Kooperation wie nötig. Auch wenn lokale, nationale oder regionale Identitäten wichtige Bezugspunkte bleiben, werden sich Menschen in Zukunft stärker auch als Weltbürger begreifen müssen. Denn ohne ein Mindestmaß an Zugehörigkeitsgefühl und gegenseitiger Verantwortung bleibt das Zielbild einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung nur eine schöne Illusion.

|| Kosten ausbleibender
Kooperation nicht nur
in Geld zu messen ||

|| Neuartige Konflikte und
Gewalt zwingen zur Global
Governance ||

|| Gemeinsame Verantwortung
verbietet Rückzug in Isolation ||

Von Sascha Meinert



Benjamin Barber, Frank Douglas und Sascha Meinert (v.l.n.r.)

Die Zukunft liegt auf dem Pfad, den wir heute einschlagen. Darüber, welche Leitbilder den Weg in die global vernetzte Gesellschaft im 21. Jahrhundert weisen sollen, diskutierten rund 40 Politiker, Wirtschaftsführer und Wissenschaftler aus Nordamerika, Europa und Asien vom 19. - 21. Juli im „Watermill Center“, der Kunst- und Theaterschmiede des amerikanischen Allroundgenies Robert Wilson. Die Konferenz war ein weiterer Baustein des vom Münchner Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) und der Aventis Foundation initiierten Projekts „Wie wir morgen leben wollen“. Anliegen ist es, abseits der politischen Tagesinteressen Erfahrungen und Sichtweisen aus den drei Kulturräumen, in denen die Globalisierung bereits am weitesten vorangeschritten ist, zusammenzubringen und Steuerungsimpulse für die gemeinsamen Herausforderungen zu entwerfen. Neben der grundsätzlichen Frage nach den Voraussetzungen für ein legitimes und funktionsfähiges globales Gemeinwesen bildete der Umgang mit neuen Technologien, insbesondere der Bio- und Informationstechnologie, einen Schwerpunkt der Debatten im Watermill Center.

Jedes Jahr kommen in den Sommermonaten im Watermill Center bei New York Schauspieler, Tänzer und Bühnenbildner von allen fünf Kontinenten zusammen, um unter der Anleitung des amerikanischen Theaterregisseurs und Designers Robert Wilson Neues zu erproben. Neues, das in der kommenden Saison auf den Bühnen in Paris, London, Berlin oder dem spanischen Santiago de Compostela aufgeführt wird. 1992 gründete Wilson seine Kreativwerkstatt in einem halbverfallenen Gebäude auf Long Island, in dem in den 40er Jahren Mitarbeiter der American Telecom experimentierten und dabei das Faxgerät erfunden hatten. Ein idealer Ort für diese Konferenz, schwärmt C•A•P-Direktor Prof. Werner Weidenfeld, der in diesem Jahr zum zweiten Aventis Triangle Forum eingeladen hatte. Das Watermill Center und das Zukunftsnetzwerk „Wie wir morgen leben wollen“ verschmolzen für drei Tage zu einem intensiven Austausch der Kulturen und unterschiedlichen Zukunftsvisionen.

Abwechslung zu den intensiven Debatten im Plenum boten die künstlerischen Beiträge von Robert Wilson und der im Watermill Center anwesenden Künstler. Sie bereicherten das Forum mit anderen Perspektiven und regten die Teilnehmer zu anderen Denk- und Erlebnisformen an. Fotografie, Dramaturgie, bildende Kunst, Skulptur und Performance – alles verschmilzt im Watermill Center zu einem einzigartigen Erlebnis. So diente die Kunst als Katalysator einer kulturübergreifenden Kommunikation. Mit der Performance „Barcelona Point“ wurde deutlich, wie Kunst als eine universelle Sprache die Projektionskraft gesellschaftspolitischer Zielsetzungen befruchten kann.

Als Detail beachtenswert: Neben den Teilnehmern konnte ein weltweites Publikum das Forum im Internet live verfolgen. Die Beiträge der Referenten und das die Tagung vorstrukturierende Impulspapier sind dort weiterhin verfügbar (www.aventis-forum.uni-muenchen.de).

Globalisierung erfordert Vertrauen...

Das erste Panel der Konferenz beschäftigte sich mit der Frage nach den Voraussetzungen politischer Legitimität jenseits des Nationalstaates. Die mit der Globalisierung voranschreitende, immer weiter verzweigte Arbeitsteilung ist wesentliche Triebkraft für Wachstum und Wohlstand. Doch Arbeitsteilung schafft auch neue Abhängigkeiten und verlangt Vertrauen. Zum Beispiel darauf, dass Produkte, die auf der anderen Seite des Globus erzeugt und weiterverarbeitet werden, gesundheitlich unbedenklich, sicher, nicht unter ausbeuterischen Bedingungen oder auf Kosten der Umwelt erzeugt worden sind. Dabei ist die



Auffassung darüber, was gesundheitlich unbedenklich oder ökologisch und sozial vertretbar ist, nicht überall gleich. Die Europäer weigern sich amerikanisches Hormonfleisch zu essen, die Gesellschaften in Asien sehen sich zuweilen als Versuchsfeld für riskante Technologien der Industriestaaten und Nordamerika sieht in vielen Ländern die Menschenrechte missachtet. Auch die Kontroverse um die sogenannte grüne Gentechnik steht symptomatisch für unterschiedliche Mentalitäten und Positionen im globalen Miteinander und im Umgang mit Chancen und Risiken einer neuen Technologie. Hier wird besonders deutlich, dass über kurz oder lang ein gemeinsamer Markt auch zur Verständigung auf gemeinsame Werte und Standards drängt.

Die wachsende internationale Kooperation seit dem Ende der Ost-West-Antagonie ist Ausdruck dieser gemeinsamen Verantwortung. Seit Beginn der neunziger Jahre haben die Abkommen und Institutionen auf internationaler Ebene exponentiell zugenommen. So haben allein die Vereinten Nationen in der letzten Dekade genauso viele Resolutionen verabschiedet, wie in den vierzig Jahren davor. Mit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 1995 sollen offene Märkte und fairer Wettbewerb gewährleistet werden. Das Problem internationaler Politik, sei es bei den Abkommen zum Klimaschutz oder den vereinbarten Arbeitsstandards unter dem Dach der Internationalen Arbeits-Organisation (ILO), ist jedoch häufig die Umsetzung. Letztlich unterliegen die meisten internationalen Konventionen nach wie vor einem nationalen Umsetzungsvorbehalt. Ein anderes Problem ist der ungleiche Einfluss der einzelnen Staaten auf den Entscheidungsprozess.

Die globale Kooperation ist bislang noch allzu oft von gegenseitigem Misstrauen geprägt und mündet häufig in Vorwürfen, die von Protektionismus über die Missachtung von Menschenrechten und Demokratieunfähigkeit bis hin zu Wirtschafts imperialismus und rücksichtsloser Dominanz der Industriestaaten in den internationalen Institutionen reichen. Noch ist keine den Steuerungsaufgaben angemessene und im Alltag funktionierende Global Governance in Sicht. Ohne einen vertrauensbildenden und kontinuierlichen Austausch, ohne gegenseitiges Verständnis für den Standpunkt des anderen und ohne verpflichtende globale Absprachen, wird die Menschheit die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts aber nicht bewältigen können.

... und neue Formen der Kooperation

Im Zuge der Globalisierung ist ein Lebensraum entstanden, in dem fundamentale gemeinsame Herausforderungen und Abhängigkeiten dazu zwingen, sich in einer bisher nicht bestehenden Intensität auf dieses Ganze zu beziehen. Neue Technologien, globalisierte Märkte, die Bevölkerungsentwicklung, Migration, ethnische Konflikte und die zunehmende Überlastung der Umwelt – der immer raschere Wandel einer zunehmend vernetzten Welt erfordert den intensiven Austausch und neue Formen der Zusammenarbeit über Fach- und Landesgrenzen hinweg. Gemeinsame Regeln und ein System, das deren Durchsetzung gewährleistet, kurz: Global Governance, ist – auch wenn hierzu keine Alternative besteht – aus verschiedenen Gründen jedoch schwer zu erreichen. Zum einen erfordert Global Governance einen Teilverzicht der Staaten auf ihre Souveränität und damit auf Macht. Es ist erst in Ansätzen erkennbar, dass die nationalen Regierungen hierzu bereit sind, gleichwohl es inzwischen vielversprechende Beispiele gibt. Auch ist noch unklar wie sich entsprechende Weltinstitutionen legitimieren können, um die notwendige Akzeptanz der Menschen und Gemeinschaften zu erhalten, denen sie verbindliche Regeln setzen. Für ein globales Gemeinwesen

Robert Wilson erläutert das Arrangement von Skulpturen im Park des Watermill Centers





Jacques Verdier und Wolfgang Nowak (r.)



Yoshihide Soeya

erscheint die Demokratie (bislang) als funktionsfähiges politisches Ordnungsmuster überfordert. Und schließlich die Frage: Wie lässt sich eine Staatengemeinschaft verwirklichen, in der nicht die Macht und Willkür einzelner großer Staaten den Ton angibt, sondern die Beziehungen auf gemeinschaftlichem Recht gründen?

Die Rolle internationaler Institutionen

Auch wenn internationale Organisationen wie die WTO, der Internationale Währungsfonds (IWF) und zum Teil auch die Vereinten Nationen von vielen Menschen als eine Ursache für die wachsende Ungleichheit und den Raubbau an der Umwelt gesehen werden, sind sie nach Überzeugung von Michael Zürn, Direktor am Bremer Institut für Interkulturelle und Internationale Studien, nicht das Problem, sondern vielmehr ein wichtiger Teil zur Lösung der Herausforderungen, vor die die Globalisierung die Politik stellt. Darum sollte es nicht um die Abschaffung dieser Organisationen gehen, wie viele „Globalisierungsgegner“ fordern, sondern um die Verbesserung ihrer Handlungsfähigkeit und politischen Legitimation. In seinem Statement erläuterte Zürn die Defizite in der gegenwärtigen internationalen Politik und zeigte Ansätze zu deren Lösung auf. Internationale Organisationen wie die WTO oder der IWF sind durch einen Mangel an demokratischen Elementen – der Möglichkeit zur Einflussnahme durch die Betroffenen – gekennzeichnet. Auch wenn der Grundsatz der Einstimmigkeit dem Leitbild nationaler Selbstbestimmung entspricht und die Akzeptanz von Entscheidungen erleichtert, erschwert er jedoch zugleich die Handlungsfähigkeit internationaler Institutionen und führt im Ergebnis eher zu „Nichtentscheidungen“. Ohne die Möglichkeit von verbindlichen Mehrheitsentscheidungen in der internationalen Politik ist Global Governance nach Ansicht von Zürn nur schwer zu erreichen. Bislang hat man sich häufig damit beholfen, einen kleinen Kreis von Staaten die Verhandlungen führen zu lassen, und das Ergebnis anschließend zur Abstimmung vorzulegen – zu einem Zeitpunkt, der häufig nur noch die Wahl „alles oder gar nichts“ lässt und zur Einwilligung drängt. Anders wäre wohl auch die Uruguay-Runde zur Fortentwicklung des GATT nicht zu Ende zu bringen gewesen. Das Problem hierbei ist, dass die Interessen der wirtschaftlich weniger entwickelten Länder zu wenig berücksichtigt wurden, was inzwischen zu einer Blockadehaltung der Entwicklungsländer gegenüber dem Freihandelsregime geführt hat. Erfolgsversprechender erscheint das Modell, dass Anfang 2000 zum Abschluss des Biosafety-Protokolls geführt hat, welches künftig den grenzüberschreitenden Verkehr von gentechnisch veränderten Produkten regelt. Hier hatten sich unabhängig von der geographischen Herkunft fünf Länder-Koalitionen mit weitgehend übereinstimmenden Interessen herausgebildet, deren Vertreter schließlich zu einer Einigung kommen konnten. Hätten die Vertreter von über 130 Staaten am Tisch gesessen, wäre ein Ergebnis wohl kaum zu erreichen gewesen. Neben einer Straffung der Verhandlungsprozesse spricht sich Zürn für eine stärkere Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen und die Schaffung eines „dritten Referenzpunktes“ in Form von unabhängigen, allein der Öffentlichkeit verantwortlichen Organen aus, welche die globale Politik zusammen mit den nationalen Regierungen und organisierten Formen der Zivilgesellschaft voran bringen. Wenn die Menschen erkennen, dass ihre Regierungen zur Lösung der Probleme nicht mehr in der Lage sind, so die Überzeugung des Bremer Politikwissenschaftlers, wird die Akzeptanz und Unterstützung eines globalen Gemeinwesens steigen.

Modelle politischer Steuerung

In einer Welt der gegenseitigen Abhängigkeiten ist ein neues Verständnis von nationaler Souveränität erforderlich. Wenn es um übermäßigen Umweltverbrauch zu lasten der gesamten Staatengemeinschaft, gewalttätige ethnische Konflikte oder gravierende Menschenrechtsverletzungen geht, wird das herkömmliche Konzept nationaler Selbstbestimmung zunehmend brüchig. Die Intervention im Kosovo, die Verhaftung des chilenischen Ex-Diktators Pinochet und die zunehmende Zahl umweltbezogener internationaler Abkommen sind erster Ausdruck dieser Entwicklung. Yoshihide Soeya, Professor für internationale Beziehungen an der Keio Universität und Berater der japanischen Regierung, betonte, dass viele asiati-

sche Staaten nicht einmal im Ansatz über ein demokratisches Gemeinwesen verfügen. Und da auf absehbare Zeit die Nationalstaaten wichtigster Baustein der Weltordnung sein werden, bestehe hier ein grundsätzliches Problem für die Entwicklung einer demokratisch legitimierten Global Governance. Für die Entwicklungs- und Schwellenländer sieht Soeya die wirtschaftliche Entwicklung als eine zentrale Voraussetzung für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Die Konferenz zeigte deutlich, dass es den Konflikt zwischen Effizienz und gleichberechtigter Partizipation noch zu lösen gilt. Angela Kane von den Vereinten Nationen sieht in der UNO einen geeigneten Rahmen, um ein funktionierendes und die Staatengemeinschaft repräsentierendes System einer Global Governance umzusetzen. Modelle, die jeden Staat gleichberechtigt einbeziehen wollen, führen jedoch leicht zu Ineffizienz und zur Realisierung des lediglich „kleinsten gemeinsamen Nenners“, so William Wechsler, Leiter der Abteilung Multinationale Bedrohungen des Sicherheitsrates der US-Regierung. Die Erfahrung zeige, dass kleinere Gruppen oft effektivere und dadurch legitimere Lösungen erreichen können. Es wäre der falsche Weg, meinte auch Wolfgang Nowak, Leiter des Planungsstabs im deutschen Bundeskanzleramt, eine Institution wie die Vereinten Nationen zum Zentrum für die Harmonisierung nationalstaatlicher Handlungen zu machen und dafür mit mehr Kompetenzen auszustatten. Wolfgang Nowak, der auf deutscher Seite zuständige Organisator der Konferenz „Regieren im 21. Jahrhundert“, auf der Anfang Juni 14 Mitte-Links-Regierungen in Berlin ein „Netzwerk reformorientierter Regierungen“ ins Leben gerufen haben, bevorzugt Modelle, wie den Berliner Ansatz, wo flexible Reform-Netzwerke gemeinsame Strategien entwickeln, um sie dann in nationaler Verantwortung und den jeweiligen Ausgangsbedingungen gemäß umzusetzen. Die Kooperation der Staatengemeinschaft im Rahmen der UNO hat sich in seinen Augen als zu schwerfällig erwiesen. Kane möchte ihre Organisation keinesfalls als Weltregierung mißverstanden wissen. „Die UNO ist eine Institution, innerhalb derer die Staaten ihre Handlungen aufeinander abstimmen und ein Rahmen für gemeinsame Aktionen“. Global Governance dürfe nicht mit Weltregierung und Vereinheitlichung verwechselt werden. Es gehe vielmehr darum, die Vielfalt der Kulturen zu erhalten. Die gewachsene gemeinsame Verantwortung für die globalen Gemeinschaftsgüter und die gegenseitigen Abhängigkeiten verlangen jedoch sowohl verbindliche Regeln, eine stärkere Zusammenarbeit, als auch mehr Toleranz und den Freiraum für individuelle Entwicklungspfade. Fatal wäre auch für Nowak eine Entwicklung, die die Welt in Lehrer- und Schülersgesellschaften, in Sender und Empfänger teilt.

Doch genau diese Teilung empfinden viele der asiatischen Teilnehmer als tagtägliche Realität, egal ob es sich um den weltweit etablierten Musiksender MTV, das die globale Ökonomie beherrschende westliche Wirtschafts- und Unternehmensmodell oder die Mitwirkung in internationalen Organisationen geht. Auch die Sicherheitsarchitektur im pazifischen Raum wird nach wie vor durch die US-Japanische Allianz geprägt.

Die Industrieländer, die lediglich knapp ein Sechstel der Weltbevölkerung ausmachen, aber rund vier Fünftel des Welthandels abwickeln, geben bislang in der internationalen Politik den Ton an und bestimmen die Trends der Globalisierung, so der Eindruck von Stephen Loeng vom Institut für internationale und strategische Studien in Malaysia. Sein Land habe in vielen Bereichen nur noch wenig Spielraum, Entscheidungen selber zu gestalten, zum Beispiel über den Einsatz der Gentechnik oder in der Währungspolitik. Auch in der Finanzpolitik habe der IWF nach der Asien-Krise von 1997/98 die Spielregeln vorgegeben. Die Forderung, die auch von anderen Konferenzteilnehmern bekräftigt wurde, ist deutlich: Die Entwicklungs- und Schwellenländer Asiens wollen gleichberechtigt an der Fortentwicklung eines globalen Gemeinwesens mitwirken. Das Modell internationaler Institutionen, in dem ein exklusiver Club von OECD-Staaten die Entscheidungen dominiert und das Tempo vorgibt, stößt an seine Grenzen, wenn internationale Regime den Entwicklungsländern dabei zunehmend Pflichten auferlegen. Auch dies ist eine Lehre aus dem WTO-Ministerratstreffen in Seattle, dessen Scheitern maßgeblich auf die Verweigerungshaltung der Entwicklungsländer zurückzuführen ist. Ebenso steht das UN-Sicherheitsratsmodell auf dem Prüfstand, in dem bislang fünf Staaten über etwaige militärische Interventionen unter dem Dach der 186 Länder umfassenden UNO entscheiden.



Angela Kane (r.)



Stephen Leong (im Vordergrund)

Die Vertretung eines gemeinsamen Standpunktes der asiatischen Staaten scheitert bislang jedoch meist an der mangelnden Übereinstimmung in kulturellen Werten sowie den politischen und wirtschaftlichen Interessen. Im Gegensatz zum Projekt Europa, und in Abgrenzung zu der Rhetorik um Asian Values, ist ein Projekt Asien nicht in Sicht. Asien ist bislang nicht viel mehr als ein geographischer Begriff. Zu unterschiedlich sind die Interessen und Mentalitäten zwischen einem Land wie Taiwan, dem weltweit drittgrößten Hersteller von Infoelektronik, Hongkong, einem Stadtstaat im Übergang, der zu 90 Prozent vom Handel lebt, und einem agrarisch geprägten Entwicklungsland wie Indonesien. Die religiöse, kulturelle und ökonomische Vielfalt Asiens steht bislang tiefergehenden Integrationsprojekten in der Region im Wege. Hinzu kommt eine zunehmend westlich geprägte Medienlandschaft und Wirtschaftskultur. Kriengsak Chareonwongsak, Topberater der thailändischen Regierung, illustrierte die gesplante Identität vieler, vor allem junger Menschen in den Ländern Asiens: „Mein jüngster Sohn ist FC Bayern Fan, unterstützt beim Länderspiel Thailand-Deutschland die deutsche Mannschaft und sein Email-Account lautet bmunichboy.“

Der „China-Faktor“ wird das 21. Jahrhundert prägen

Über eines waren sich die Konferenzteilnehmer einig: Der „China-Faktor“ wird das 21. Jahrhundert entscheidend prägen, d.h. Chinas Weg wird die künftige geopolitische Weltordnung mitbestimmen. Von zentraler Bedeutung wird dabei die Entwicklung der US-Beziehungen zu China sein, so Yoshihide Soeya. Ein anderes Problem, dessen Bewältigung Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Menschheit ist, entsteht aus dem Spannungsverhältnis zwischen einer kontinuierlich wachsenden Weltwirtschaft und den Grenzen, die von der Natur gesetzt werden. Es erfordert keine große Vorstellungskraft, dass die Übertragung westlicher Konsummuster auf das über eine Milliarde Einwohner zählende Land zu einem Kollaps des Ökosystems Erde führen würde. Bereits heute zeichnet sich dies an dem erhöhten Ölverbrauch und wachsendem Fleischhunger der bevölkerungsreichen Länder in Asien und Südamerika ab – Markenzeichen wirtschaftlicher Entwicklung. Heute noch verbrauchen die 265 Millionen Bürger der USA soviel Öl wie drei Milliarden Asiaten. Gerade der Aufstieg der sogenannten Schwellenländer verdeutlicht die Grenzen der industriellen Zivilisation und zwingt auch die wirtschaftlich entwickelten Länder zu einem Umdenken. Nur wenn es gelingt, den Einsatz an Energie und Rohstoffen mindestens im gleichen Maße zu senken, wie das Weltsozialprodukt wächst, lässt sich die Entziehung der eigenen Lebensgrundlagen vermeiden.

Asymmetrien überwinden

Ricardo Petrella, Präsident der Gruppe von Lissabon und Berater der EU-Kommission beklagte, dass die gegenwärtige Dynamik der Globalisierung nicht zu Globalität führe. Statt die Integration der Staatengemeinschaft zu fördern und die Lebenschancen aller zu verbessern, führe sie zu wachsendem Ausschluss. Auch in dem Impulspapier der Konferenz kommen die Münchner Politikwissenschaftler vom C•A•P zu dem Befund, dass die zunehmenden Asymmetrien, neben der wachsenden Geschwindigkeit der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung, zu den größten Herausforderungen für die Politik zählen. Der ungleiche Zugang zu Kapital und Know How, die zunehmende Segmentierung der Arbeitsmärkte, die Polarisierung von Einkommen und Infrastruktur – während rund 400 Millionen Menschen regelmäßig das Internet nutzen, hat die Hälfte der Weltbevölkerung noch nie ein Telefongespräch geführt – sind auf Dauer mit dem Leitbild offener Gesellschaften nicht vereinbar. Die Konsequenz: Abschottung und Konflikte. Dabei wird häufig übersehen, dass eine Verminderung der Ungleichheiten auch im Selbstinteresse der wirtschaftlich entwickelten Länder liegt. Denn auch die Entwicklungsländer besitzen in den internationalen Organisationen über ein



Lebhafter Austausch am Rande des Forums



Verhinderungspotenzial. Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen steht in Ländern mit großer Armut unter einem besonderen Rechtfertigungszwang und wird oft einer kurzfristigen Verbesserung der Lebensbedingungen geopfert. Eine Übernutzung der Umwelt hat langfristig jedoch Auswirkungen auf die gesamte Menschheit. Im gegenwärtigen System sind viele Volkswirtschaften nur wettbewerbsfähig, wenn sie Raubbau an der Natur betreiben. Das soziale und wirtschaftliche Gefälle wird über kurz oder lang zu Verwerfungen in der Weltgesellschaft führen.

Modell Europa?

In den Überlegungen für eine globale Politik wies Petrella auf die Erfahrungen hin, die im Zuge der europäischen Integration gemacht wurden und auch als Vorlage für ein globales Gemeinwesen dienen könnten. Auf der Grundlage von Gemeinschaftsverträgen vollziehen sich Rechtsetzung und Entscheidungen zu europäischen Angelegenheiten im Rahmen gemeinsamer Institutionen, flankiert von supranationalen Instanzen, wie der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament. Bei Streitigkeiten über die Auslegung der gemeinsamen Normen entscheidet ein unabhängiges Gericht, der Europäische Gerichtshof. Der Erfolg des Projekts Europa liegt nach Auffassung Petrellas nicht in der Schaffung eines gemeinsamen Marktes, sondern in der Fähigkeit die daraus resultierenden Probleme, sei es im Verbraucherschutz oder der Festlegung von Umweltstandards, gemeinsam zu bewältigen. Allerdings werden am Verlauf der europäischen Integration auch die Schwierigkeiten eines solchen Ansatzes deutlich. Nach wie vor existiert keine hinreichend gemeinsame Identität, kein Demos, der europäische Politik demokratisch legitimieren könnte. Medien und Parteien definieren sich nach wie vor in nationalen Kommunikationsräumen. Nationale Interessen dominieren den Entscheidungsprozess und es wäre unrealistisch zu glauben, dass sich hieran auf absehbare Zeit etwas ändert. Hinzu kommt, dass die globale Staatengemeinschaft viel heterogener ist, als die Mitgliedsländer der EU. Dennoch besteht für Petrella keine Alternative, auch auf globaler Ebene einen solchen Prozess in Gang zu setzen, an dessen Beginn ein globaler Gesellschaftsvertrag stehen müsse.

Neue Akteure in der politischen Arena

Neue Akteure haben in der Arena politischer Willensbildung und Entscheidungen Fuß gefasst. Wurden die sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGOs), wie Umwelt- und Verbrauchergruppen, von der Öffentlichkeit und insbesondere von den politischen Eliten in den achtziger Jahren weitgehend noch als „Langhaarige“ und „Hausfrauen mit Turnschuhen“, so Katherine Fulton vom Global Business Network, wahrgenommen, haben sie sich mittlerweile einen festen Platz in der politischen Arena erworben. Die Verhinderung des schon fast beschlossenen multilateralen Investitionsabkommens der OECD (MAI), die Auseinandersetzung um die Bohrinself Brent Spar und das WTO-Desaster von Seattle, wo 50 000 Menschen medienwirksam mit dem Slogan „WTO – Shrink or Sink“ gegen das Freihandelssystem protestierten, belegen dies in eindrucksvoller Weise.

Sinnvoll erscheint daher die stärkere Einbindung der NGOs in dezentrale Netzwerke, die sich für konkrete Problemlagen bilden. Allerdings können solche Netzwerke staatliches Handeln nur unterstützen, aber nicht ersetzen, so der Netzwerkspezialist und Weltbank-Ökonom Wolfgang Reinicke. In seinem Vortrag wies Reinicke darauf hin, dass Regierungen und ihr Verwaltungsapparat für kom-



Lord George Weidenfeld (l.)

plexe und sich rasch verändernde Herausforderungen oft zu schwerfällig seien. So habe das Bankhaus Barings seinerzeit alle Sicherheitsstandards für risikohafte Investitionen erfüllt. Nur hätten sich, als ein Mitarbeiter Barings 1994 das Unternehmen mit missglückten Spekulationen auf Derivate in den finanziellen Ruin getrieben hatte, bereits neue Finanzinstrumente etabliert, für die sich die Standards als unzureichend erwiesen. In einem UN-Forschungsprojekt hat Reinicke zahlreiche transnationale Netzwerke von staatlichen Stellen, internationalen Organisationen, Vertretern der Zivilgesellschaft und Unternehmen untersucht, und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass solche Netzwerke, z.B. für die Erarbeitung und Überwachung von Umweltstandards, effektive und problemnahe Lösungen hervorbringen und oft flexibler auf Probleme reagieren können, als der schwerfällige Apparat internationaler Organisationen und nationaler Behörden. Über die Rolle der NGOs in der globalen Mehrebenenpolitik bestanden auf der Konferenz jedoch sehr unterschiedliche Auffassungen. Ulrike Guerot von der Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin, betonte, dass der Versuch alle einbinden zu wollen, komplexe Sachverhalte noch komplexer machen könne. Petrella warnte eingehend davor, den Staat mit Unternehmen und NGOs gleichzustellen. Die Verantwortung, politisch legitimierte Regeln für das Gemeinwesen zu setzen, würde dadurch verwässert. Einigkeit bestand jedoch darüber, dass die NGOs mittlerweile ein bedeutender Faktor in der internationalen Politik sind, und dass deren Potenzial – sei es als Informationsressource, als Vertrauensmittler oder bei der Kontrolle politischer und wirtschaftlicher Macht – genutzt werden muss.



Steinskulpturen im Watermill Center

Wachsende Verantwortung multinationaler Unternehmen

Auf der anderen Seite wächst auch die Verantwortung der Unternehmen. Bereits heute macht der Handel innerhalb multinationaler Unternehmen rund zwei Drittel des gesamten Welthandels aus. Dabei bewegen einzelne Unternehmen wie General Motors, der Ölmulti Exxon oder Mitsubishi Umsätze, die größer sind als das Bruttosozialprodukt mittelgroßer Volkswirtschaften. Konzerne wie die chinesische Sinopec oder der Handelsriese Wal Mart führen Belegschaften von mehr als einer Million Arbeitnehmern. Zweifellos werden solche Global Player im 21. Jahrhundert noch stärker Führungsaufgaben übernehmen als dies bereits heute der Fall ist; sie besitzen ein enormes Potenzial zur Lösung – allerdings auch zu einer Verschärfung – der globalen Gegenwartsprobleme.

Die Bedeutung eines guten Images sei spätestens seit Brent Spar von vielen Unternehmen erkannt, so Fritz Vahrenholt, Shell-Aufsichtsrat und ehemaliger Hamburger Umweltsenator am Rande der Konferenz. „Umweltdumping ist out!“. Längst wird von den Unternehmen selbst nach innovativen Wegen gesucht. So werden Schadstoffemissionen bei Shell seit einiger Zeit unternehmensintern gehandelt, um Energieverbrauch und Umweltbelastung zu verringern. Nach Vahrenholts Überzeugung werden die Unternehmen diese Rolle aber nur wahrnehmen, wenn aufmerksame NGOs, wie z.B. Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, den Part des Wachhundes spielen, und effektive und demokratische Staaten klare Spielregeln setzen.

Die Tatsache, dass sich der Wettbewerb um die Verbraucher immer weniger über den bloßen Preis eines Produkts, sondern zunehmend über Zusatzwerte wie „ökologisch verträglich“ oder „fair gehandelt“, Vertrauen in die Qualität, Service und Image vollzieht, eröffnet den Unternehmen neue Spielräume. Doch häufig fehlt es hier noch an Mut, neue Wege zu gehen und in nachhaltige Unternehmensstrategien zu investieren. Die gegenwärtige globale Wirtschaft produziert weitgehend nur für die Bedürfnisse eines Drittels der Menschheit. Es erfordert innovative Wege, um das riesige Potenzial an ungedeckten Bedürfnissen zu erschließen. Hier liegt eine der zentralen Herausforderungen für die Global Player des 21. Jahrhunderts.

Neue Technologien: Ressource oder Erosionsvehikel nachhaltiger Entwicklung?

Im Watermill Center wurde auch darüber diskutiert, welchen Beitrag neue Technologien, wie die Biotechnologie oder die Infoelektronik zur Bewältigung des demographischen Wandels und der zunehmenden Umweltprobleme spielen können. Es liegt im Wesen neuer Technologien wie der Gentechnik, dass es ihnen für die breite Öffentlichkeit vorab an erlebbaren Vorzügen, aber auch an erfahrbaren



Jürgen Dormann im Gespräch

Nachteilen mangelt. Die Folge: Hoffnungen und Befürchtungen sind grenzenlos. In einem engagierten Statement betonte Petrella, dass die neuen Technologien nicht einfach die Fortschreibung der Entwicklung der letzten 300 Jahre sind, sondern einen fundamentalen qualitativen Wandel darstellen. Die Gentechnologie stellt uns vor grundsätzliche Fragen unseres Selbstverständnisses, ihre Anwendung hat Auswirkungen auf die gesamte Menschheit und der Zugang zu den digitalen Informationswelten ist – und das wird immer deutlicher – zugleich Eintrittskarte für Bildung, Arbeitsplätze und Einkommen. Vor diesem Hintergrund werde Technologiepolitik unweigerlich zur Gesellschaftspolitik, so Petrella. Und hier sei der Staat gefordert.

Val Giddings von dem amerikanischen Unternehmensverband Biotechnology Industry Organization warnte vor einem Umgang mit den neuen Technologien, der nur auf die Risiken gerichtet ist. Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung und begrenzter landwirtschaftlicher Nutzfläche sei es unverantwortlich, zur Verfügung stehende Technologien ungenutzt zu lassen. In seinen Augen werde das Risiko der Gentechnik in der öffentlichen Debatte vor allem in Europa völlig verzerrt. Ebenso dürfe es nicht zu einer Vereinnahmung der Wissenschaft durch die Politik kommen. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Europa und den USA sei das größere Vertrauen der Öffentlichkeit in die Aufsichtsbehörden. „Wir hatten in den letzten Jahren keine Fälle, wie den BSE-Skandal oder Dioxin in den Lebensmitteln.“ Mit seinem provokativen Vortrag löste Giddings eine kontroverse Debatte aus, die die unterschiedlichen Facetten dieser Frage verdeutlichten. Der amerikanische Politikwissenschaftler und Publizist Benjamin Barber betonte, dass die Bereitschaft Risiken einzugehen unmittelbar verknüpft sei mit dem zu erwartenden Gewinn. Wenn die Menschen keinen Nutzen in einer Technologie sehen, sind sie auch nicht bereit, Risiken einzugehen. Darum kann es nicht allein um mögliche Gefahren gehen, sondern es muss geprüft und vermittelt werden, worin der Nutzen einer neuen Technologie liegt. Nur wenn der Nutzen persönlich erlebbar ist, besteht auch Zustimmung zu möglichen Risiken. Dies erklärt das klare „Nein Danke“ der Verbraucher zu gentechnisch veränderten Lebensmitteln, während die Anwendungen der Gentechnik in der Medizin überwiegend befürwortet werden. Die moderne Biotechnologie wird künftig die besonders sensiblen, weil lebensnotwendigen Bereiche Gesundheit, Ernährung und Umwelt durchdringen. Und gerade das prädestiniert sie zum Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Konflikte und macht einen breiten öffentlichen Dialog erforderlich. Der Umstand, dass Ursache und Wirkung der menschlichen Aktivitäten räumlich und zeitlich häufig weit auseinander liegen und sich schwer zuordnen lassen, macht die Abschätzung von Risiken so schwierig. Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, so die Analyse des C•A•P im Impulspapier zum Forum, sei ein vorausschauender Politikansatz. Bislang funktionieren Umweltschutz und Schutz der Biodiversität weitgehend reaktiv. Der nachsorgende Umweltschutz hat beachtliche Erfolge – beispielsweise in der Wasserqualität von Flüssen und Seen – erzielt, ist aber an seinen Grenzen angelangt. Das meint: weg vom „Reparaturdienstdenken“ und hin zu vorausschauender Gestaltung. Um einen verantwortungsvollen und bedarfsorientierten Umgang mit den neuen Technologien zu gewährleisten, regte der Münchner Genforscher Boris Steipe verstärkte Mechanismen einer gegenseitigen Kontrolle innerhalb der Forschungsgemeinschaft an. Fumiko Fukuoka von der japanischen Umweltorganisation Conversation International verdeutlichte in ihrem Vortrag die Möglichkeiten, mit Hilfe von Informationstechnologien effektive Maßnahmen zum Erhalt von Umwelt und Artenvielfalt durchzuführen. Erst mit Hilfe moderner Infoelektronik sei es nunmehr möglich, funktionierende Frühwarnsysteme zu installieren und Bewertungen der Entwicklung auf globaler Ebene vorzunehmen. Jedoch sei, so Fukuoka, die Informationstechnologie nur ein Instrument, aber nicht die Lösung des Problems.

2025 wird über die Hälfte der Menschheit in Großstädten leben, verbunden über ein dichtes Kommunikations- und Transportnetz. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen leben im Jahr 2050 8,9 Milliarden Menschen auf der Erde. Ist gegenwärtig nahezu die Hälfte der Weltbevölkerung jünger als 25 Jahre, wird sich das heute bereits in den Industrieländern evidente Phänomen alternder Gesellschaften auch auf andere Regionen ausbreiten. Die Versorgung einer wachsenden und zunehmend städtischen Bevölkerung und ein ausgewogenes Verhältnis von



Benjamin Barber (Bildmitte)



Humoristische Einlage von Robert Wilson



Kleine Enklave der Ruhe im Watermill Center

Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen sind Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Der Einsatz allen verfügbaren technologischen Know Hows wird vor diesem Hintergrund zur Voraussetzung einer nachhaltigen Entwicklung. Es geht somit nicht um das Ob, sondern um das Wie. Die Antwort kann hier nicht in „digitalen“ Schlussfolgerungen liegen, die nur ein Ja oder ein Nein zulassen, sondern in Ansätzen, die beispielsweise den Zugang der Regionen zu den Anwendungen der modernen Biotechnologie gewährleisten, die sie am nötigsten brauchen.

Eine neue Landkarte der Konflikte

Oft ergeben sich Konflikte allein aus den „Sprachbarrieren“ unterschiedlicher Mentalitäten und Gesellschaftsbereiche. Die Sprache der Wissenschaft ist eine andere als die der Bürger, die Rationalität der Wirtschaft eine andere als die der Globalisierungsgegner. Die Unfähigkeit zum Dialog und zum gegenseitigen Lernen münden häufig in ein stummes Auseinanderklaffen und verhärtete Fronten. Aber gerade in ausgeprägt arbeitsteiligen Gesellschaften, in denen zwangsläufig immer einige wenige über Entwicklungen entscheiden, die Auswirkungen auf viele haben, ist ein offener Austausch über Ängste und Motive jenseits gewohnter Stereotypen unerlässlich. Die technologische Entwicklung muss stärker als bisher durch einen breiten gesellschaftlichen Dialog begleitet werden, der sowohl die gewachsenen Möglichkeiten menschlichen Handelns veranschaulicht und die soziale Adaption des technologischen Wandels gewährleistet, als auch umgekehrt der Wissenschaft und den Unternehmen aufzeigt, welche Erwartungen und Tabus die Gesellschaften mit den neuen Technologien verbinden.

Wissen und Technologie ersetzen zunehmend den Einsatz von Energie und Rohstoffen. In der wissensbasierten Ökonomie liegt eine große Chance einer ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung. In dem Maße wie Wissen und die Fähigkeit dieses in Produkte umzusetzen einen immer größeren Teil an der Wertschöpfung einnehmen, gewinnen Fragen des geistigen Eigentums eine neue Dimension. Gleich ob es um Musiktitel aus dem Internet oder den Patentschutz biotechnologischer Erfindungen geht, die Frage, wer unter welchen Bedingungen Zugang zu immateriellen Gütern hat, wird vor diesem Hintergrund zu einer bedeutenden Konfliktlinie.

Auch wenn der technologische Fortschritt dazu beitragen kann, Knappheiten zu mildern, werden bestehende und neue Knappheiten auch in Zukunft zu Prioritäten zwingen und Ursache von Konflikten sein – Konflikte um Raum für die kulturelle Selbstentfaltung, um Werte, um lebensnotwendige Ressourcen und Eigentumsrechte. Angesichts der zunehmenden Komplexität der Herausforderungen und Ansprüche reicht nationalstaatliche und konventionelle zwischenstaatliche Politik zur Problemlösung häufig nicht mehr aus. Erforderlich sind neue Modelle, welche lokale Gegebenheiten mit globalen Handlungsnotwendigkeiten verbinden, transparent sind, und die Partizipation der Betroffenen ermöglichen. Dies setzt die Bereitschaft voraus, abseits der vertrauten Pfade politischer Entscheidungsfindung nach neuen Wegen zu suchen.

Um die globalen Herausforderungen effektiv angehen zu können, wird es nötig sein, eine neue „Landkarte der Konflikte“ zu zeichnen, so C•A•P-Direktor Weidenfeld. In einer globalisierten Welt entstehen Konfliktpotenziale nicht mehr in erster Linie zwischen Staaten, sondern eher zwischen und innerhalb von Gesellschaften. Die neuen Konfliktlinien verlaufen entlang divergierender wirtschaftlicher Interessen. Zwischen denen, die von den neuen Freiheiten profitieren und denen, die mit der Geschwindigkeit des Wandels nicht mithalten können oder wollen.



Allein in den letzten zehn Jahren gab es fünf Millionen Opfer innerstaatlicher Konflikte, Tendenz steigend. Um diesem Trend zu begegnen ist nach Angela Kane von den Vereinten Nationen „Prävention die beste Medizin“. Wenn die Gesellschaften in der Lage sind, miteinander im Dialog zu bleiben, werden sich aufkommende Konflikte kanalisieren lassen und wird ein friedlicher Interessenausgleich möglich sein. Ob dabei die lokale, nationale oder globale Ebene, ein Netzwerk von privaten und öffentlichen Akteuren oder die bestehenden internationalen Organisationen und deren Regelwerke am besten geeignet sind, lässt sich nur von Fall zu Fall bestimmen.

Die Debatten im Watermill Center machten deutlich, dass die Suche nach funktionierenden Mechanismen politischer Entscheidungsfindung und Machtstrukturen ihre Zeit brauchen. Die Atmosphäre des Forums ermöglichte es den Teilnehmern, in einem offenen Austausch für ihre Standpunkte, Lösungsansätze und Visionen zu werben. Die Debatten zeigten aber auch, wie unterschiedlich die Blickwinkel und Erwartungen auf dieses geteilte Ganze sind – den globalen Lebensraum im 21. Jahrhundert.

Der Ort der Konferenz - das Watermill Center



Idyllischer Ort des Geschehens: Southampton

Das Watermill Center: Ort internationaler Begegnungen und kreativen Austauschs. Konzipiert als ein interdisziplinäres Zentrum für neue Arbeiten in der Kunst wurde es 1992 von Robert Wilson gegründet. Die New York Times bezeichnet Wilson als eine Leitfigur der Welt des experimentellen Theaters. Seine Fähigkeit, mit der er sich anderer Künste annimmt und sie in sein eigenes Werk integriert, erlaubt es ihm die Konventionen des Theaters zu durchbrechen. Resultat ist ein intensives Geflecht aus Sprache, Tönen und Bildern. Zu den Werken Wilsons gehören die Stücke *Deathman Glance* (1971), *Einstein on the Beach*, *The Black Rider* (gemeinsam mit Phillip Glass, 1991), *Poe-try* (2000) und die Installation „14 Stations“ (2000).

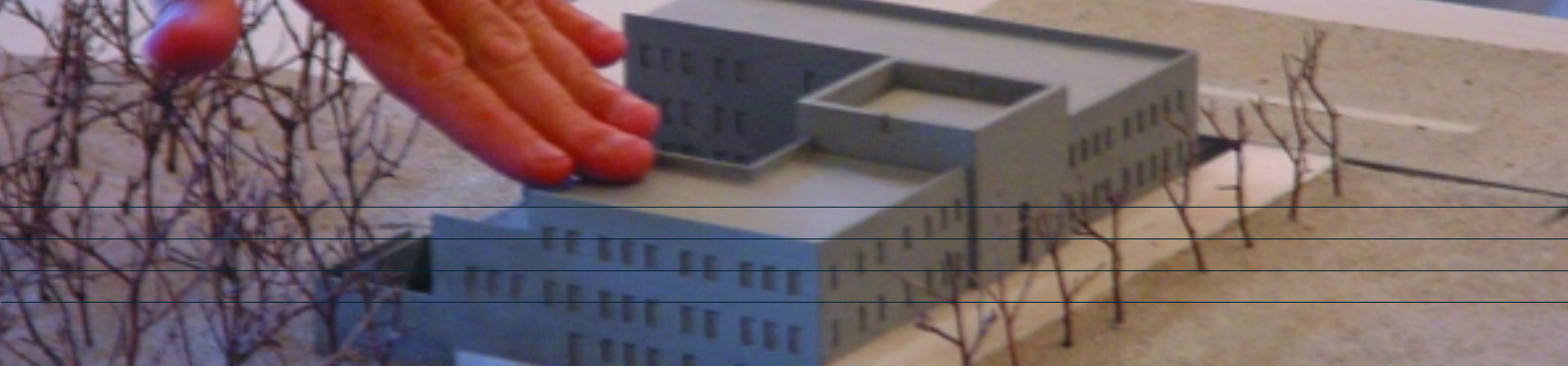
Geöffnet ist das Watermill Center ausschließlich in den Sommermonaten. Dann treffen dort junge Künstler aus aller Welt zusammen, um Theaterstücke, Performances und Installationen zu entwickeln und zu proben, die in der darauffolgenden Saison wiederum in der ganzen Welt, auf den Bühnen von New York, Paris und Hamburg oder der Pilgerstadt Santiago de Compostela inszeniert werden. So wurden in den letzten acht Jahren mehrere große Produktionen für Weltbühnen und Museen geschaffen und eine neue Generation von Kunstschaufenden ausgebildet. Zu dieser Zeit tagt dort auch die Aventus Study Group, eine international besetzte Arbeitsgruppe, die Regisseur Wilson bei einem seiner wichtigsten Projekte berät.



Robert Wilson erläutert das Konzept des Centers



Indonesischer Megalith



Außerdem beherbergt das Watermill Center das Robert Wilson Archiv, eine Kollektion aus Fotografien, Filmen und Kunstwerken, die die Aktivitäten Wilsons und seiner Weggenossen dokumentieren, und die Watermill Collection, die Möbel und Kunstobjekte der Weltkunst – von indonesischen Megalithen, über alte chinesische Kunst, bis hin zu Fotografien von Sarah Bernhardt, Berthold Brecht und Albert Einstein – sowie Bühnenelemente aus Wilsons Werken umfasst. Dabei sind die Kunstgegenstände jedoch keineswegs fest verortet. Nahezu täglich werden sie in neuen provokativen Kombinationen arrangiert. In der nächsten Dekade wird das Watermill Center mit der finanziellen Unterstützung der Byrd Hoffmann Foundation und der Aventis Foundation von einem internationalen Architektenteam neu entworfen und erweitert. Es liegt im Wesen des Watermill Centers ein Projekt im Werden zu sein, das seine Gestalt ständig fortentwickelt.

Die kreative Atmosphäre des Watermill Centers und der Austausch mit seinen „Bewohnern“ bot einen anregenden Hintergrund für den Dialog auf dem Aventis Triangle Forum. Ein Leitmotiv von Wilsons Arbeit ist das Wiederentdecken und Aufgreifen des Wissens früherer Kulturen und Gesellschaften. „Aber nicht das Wissen um einen Sachverhalt ist es, das uns antreibt“, so die Überzeugung Wilsons, der sich engagiert an den Diskussionen des Forums beteiligte, „sondern die Fragen, auf die wir noch keine Antwort gefunden haben.“

Ein Interview mit Robert Wilson findet sich auf der Website des Triangle Forums unter http://www.aventis-triangle-forum.net/home/live/index_live.html



**Szene aus der Dance Performance
„Barcelona Point“**

Programm

19. Juli 19:00 Empfang und informelles Abendessen bei Henry Buhl, Buhl Foundation, New York

20. Juli 09:00 Begrüßung und Einführung

Jürgen Dormann
Vorsitzender des Kuratoriums der Aventis Foundation, Frankfurt/M.
Vorsitzender des Vorstands der Aventis S.A., Straßburg

Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (C•A•P), München

09:45 Politische Legitimität in einer globalisierten Welt

Schlüsselfrage: Was sind die Grundlagen und Perspektiven legitimer Politik jenseits des Nationalstaates?

Prof. Dr. Michael Zürn, Direktor des Instituts für Internationale und Interkulturelle Studien, Bremen

Prof. Dr. Kriengsak Chareonwongsak
Direktor des Institute of Future Studies for Development, Bangkok

Dr. Wolfgang Reinicke und Jan Martin Witte
UN Global Public Policy Network Project, Washington DC

Diskussion

11:15 Kaffeepause

11:30 Fortsetzung der Diskussion

13:00 Mittagessen

14:30 Demographischer Wandel und Umwelt - Neue Technologien als Ressource politischen Handelns

Schlüsselfrage: Was können neue Technologien zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung beitragen?

Val Giddings, Biotechnology Industry Organization, Washington DC

Dr. Fumiko Fukuoka
Leiterin des Japan Program, Conservation International, Tokio.

Diskussion





16:00 Kaffeepause

16:15 Fortsetzung der Diskussion

18:00 Pause

18:30 Kunst und der trilaterale Dialog
Rundgang durch das Watermill Center mit Robert Wilson

Dance Performance: „Barcelona Point“

20:00 Cocktailempfang und Abendessen

21. Juli

09:00 Konfliktmanagement und Interessenausgleich in der Triade

Schlüsselfrage: Wie lassen sich Differenzen in einer global integrierten Welt effektiv lösen und produktiv nutzen?

Prof. Dr. Yoshihide Soeya
Professor für internationale Beziehungen an der Keio Universität und
Mitglied der Kommission „Japans Ziele im 21. Jahrhundert“, Tokio

Dr. Angela Kane
Direktorin der Americas and Europe Division, Department of Political
Affairs, UNO, New York

Wolfgang Nowak
Leiter des Planungsstabs im Kanzleramt, Berlin

Diskussion

11:30 Kaffeepause

11:45 Globalisierung und Nachhaltigkeit - Ergebnisse, Probleme und
Lösungsansätze

12:30 Abschließendes Mittagessen



Prof. Dr. Benjamin Barber

Direktor des Walt Whitman Center for the Culture and Politics of Democracy an der Rutgers Universität in New Brunswick und Autor des Bestsellers „Jihad vs. McWorld“, USA

Dr. Martin Breitenstein

Redakteur, Neue Zürcher Zeitung, Schweiz

Prof. Dr. Kriengsak Chareonwongsak

Direktor des Institute of Future Studies for Development, Thailand

Reginald Dale

Kolumnist, International Herald Tribune, USA

Ole Döring

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Asienkunde in Hamburg sowie am Lehrstuhl für chinesische Philosophie und Geschichte an der Ruhr Universität in Bochum, Deutschland

Prof. Dr. Horst Domdey

Vorstandsvorsitzender der BioM AG, Deutschland

Jürgen Dormann

Chairman of the Board of Management Aventis S.A. und Vorsitzender des Kuratoriums der Aventis Foundation, Frankreich

Dr. Frank Douglas

Executive Vice President Head Drug Innovatin and Approval
Aventis Pharma AG, Deutschland

Katherine Fulton

Geschäftsführerin des Global Business Network, USA

Dr. Fumiko Fukuoka

Direktorin des Japan Program, Conservation International, Japan

Gabriele Fischer

Chefredakteurin und Geschäftsführerin, brand eins Magazin, Deutschland

Val Giddings

Vizepräsident Lebensmittel und Landwirtschaft, Biotechnology Industry Organization, USA

Dr. Ulrike Guerot

Leiterin der Arbeitsstelle Europa, Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik (DGAP), Deutschland

Dr. Moira Gunn

Radio- und Fernsehmoderatorin, TechNation, USA

Dr. Angela Kane

Direktorin, Americas and Europe Division, Department of Political Affairs, UNO, USA

Prof. Dr. Stephen Leong

Stellvertretender Generaldirektor des Institute of Strategic and International Studies, Malaysia

Silke Mayerl

Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P), Ludwig-Maximilians-Universität München, Deutschland

Sascha Meinert

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Zukunftsfragen am Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P), Ludwig-Maximilians-Universität München, Deutschland

Douglas Merrill

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Zukunftsfragen am Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P), Ludwig-Maximilians-Universität München, Deutschland



Ministerialrat Wolfgang Nowak

Leiter des Planungsstabs im
Kanzleramt, Deutschland

Dr. Friedmar Nusch

Vorsitzender des Vorstands der
Aventis Foundation, Deutschland

Riccardo Petrella

Präsident der Lissabongruppe und
Berater der Europäischen Kommission,
Belgien

Eckard Polzer

Geschäftsführender Vorstand a.D.,
Dornier Medical Technology,
Deutschland

Dr. Wolfgang Reinicke

Leiter des UN Global Public Policy
Network Project, USA

Prof. Dr. Yoshihide Soeya

Professor für internationale
Beziehungen an der Keio Universität
und Mitglied der von der japanischen
Regierung eingesetzten Kommission
„Japans Ziele im 21. Jahrhundert“

Dr. Boris Steipe

Wissenschaftlicher Gruppenleiter am
Genzentrum der Ludwig-Maximilians-
Universität München, Deutschland

Jürgen Turek

Leiter der Forschungsgruppe
Zukunftsfragen am Centrum für ange-
wandte Politikforschung (C•A•P),
Ludwig-Maximilians-Universität
München, Deutschland

Prof. Dr. Fritz Vahrenholt

Mitglied des Aufsichtsrats, Shell AG,
Deutschland

Jaques Verdier

Präsident, Verdier Ventures, USA

Dr. Joop de Vries

Direktor von Futures, Sociovision,
Frankreich

Arnd Wagner

Geschäftsführendes Mitglied des
Vorstands, Aventis Foundation,
Deutschland

William Wechsler

Leiter der Abteilung Multinationale
Bedrohungen beim Sicherheitsrat im
Weißen Haus, USA

Lord George Weidenfeld of Chelsea

Vorstandsvorsitzender, Orion
Publishing Group, Großbritannien

Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld

Direktor des Centrums für angewandte
Politikforschung (C•A•P), Ludwig-
Maximilians-Universität München,
Vorstand der Bertelsmann Stiftung,
Deutschland

Robert Wilson

Theaterregisseur, Künstler und
Designer, Gründer des Watermill
Centers, USA

Jan Martin Witte

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im UN
Global Public Policy Network Project,
USA

Prof. Dr. Michael Zürn

Direktor des Instituts für
Internationale und Interkulturelle
Studien, Deutschland







Impressum

Redaktion	Sascha Meinert Jürgen Turek
Fotografie	Behram Salmassinia
Gestaltung	Mediengestaltung
Creativ Direktion	Behram Salmassinia
Art Direktion	Barbara Kneisl
ISBN-Nummer	3-933456-14-2



Center for Applied
Policy Research (C•A•P)
Maria-Theresia-Strasse 21
D-81675 München